

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Nelleste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierthalblich 10 M. ohne Zeugnisse. — Einzelne Nummern 5 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die lebendige Schilderung 10 M., außerhalb des Bezirks 12 M. im öffentlichen Teil (außer Behörden) die Zeile 10 M. — Einzelkonto 10 M. — Reklame 10 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 264

Sonntag den 12. November 1922

88. Jahrgang

In das Güterrechtregister ist heute eingetragen worden, daß der Eisendreher Georg Oswald Lohner in Dippoldiswalde und seine Ehefrau Ida Martha geb. Gölle, ebenda, durch Vertrag vom 4. November 1922 die Verwaltung und Aufzeichnung des Mannes ausgeschlossen haben. 2 A. Reg. 7k/21. Amtsgericht Dippoldiswalde, am 8. November 1922.

Aufruf!

Not und Sorge sind die ungebekenen täglichen Gäste vieler alter erwerbsfähiger Leute. Ihre geringen Einkünfte reichen bei der erschreckenden Geldentwertung nicht einmal zu einem einfachen täglichen Mittagessen. Sie müssen hungernd und darbend ihren Lebensabend beschließen, wenn nicht mildtätige Hände helfend eingreifen.

Wir richten deshalb die herzliche Bitte an die Einwohnerschaft, in den Familien die schöne Sitte einzubürgern, alten Leuten unentgeltlich Mittagessen zu verabreichen.

Anmeldungen hierzu werden im Rathaus (Zimmer Nr. 15) dankend entgegengenommen.

Der Sonderausschuß „Altershilfe“.

Einkommensteuerfreie Spareinlagen!

Eine begrüßenswerte Bestimmung bringt das neue Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 20. Juli 1922. Nach § 13 Abs. 1 Nr. 5a dieses Gesetzes können am Gesamtbetrag der Einkünfte eines steuerpflichtigen Spareinlagen bis zu einem Betrag von 8000 M. jährlich in Abzug gebracht werden, sofern die Rückzahlung des Kapitals erst nach dem Tode des Guthabeneigentümers oder im Falle des Erblebens nicht vor Ablauf von 20 Jahren vereinbart ist.

Es handelt sich hiernach also um eine Art Nebenversicherung, die gegenüber der allgemeinen Art von Lebensversicherungen den Vorteil besitzt, daß der Versicherte nicht gezwungen ist, zu bestimmten Terminen gewisse Prämien zu entrichten, sondern daß er die Zahlungen bequem seiner Leistungsfähigkeit anpassen kann, denn der jährlich eingezahlte Betrag darf sich natürlich auch unter 8000.— Mark bewegen.

Jede weitere Auskunft wird von der Sparkasse Dippoldiswalde bereitwilligst ertheilt.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 10. November 1922.

Das Kollegium ist vollzählig. Ferner sind anwesend der Bürgermeister und die Stadträte Bleholt, Schwind und Hahn sowie ein Zuhörer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsteher den nach längerer Bearbeitung infolge schwerer Erkrankung zum ersten Male wieder erschienenen Stadtrat Hahn.

Kenntnis nimmt man von der vom Gaspreisprüfungsausschuss genehmigten Erhöhung des Gaspreises von 23 auf 30 M. ab Oktoberabrechnung. Das Gaswerk Hohenau rechnet einen solchen von 22,36 M. heraus.

Genehmigt werden 2 Gesuche um Überlassung von je einem Zimmer der Handels- und Gewerbeschule und zwar vom Gewerbeverein für 4 Lejeabende und vom Bezirksschulverein für 3 oder 4 Sonnabend-Nachmittage zu Vortragsversammlungen. Die Kosten für Beleuchtung und Reinigung sind zu ersehen.

Der Erhöhung des Tagesverpflegungssatzes im Krankenhaus auf 300 M. und des an den Verwalter zu zahlenden Belebungsgeldes auf 100 M. im Krankenhaus und 50 M. im Armenhaus stimmt man zu.

Zum Vortrag gelangt ein im Müllerschulauflauf gegebener Bericht über die baulichen und sonstigen Herstellungen in der Müllerschule, aus dem hervorgeht, daß die sprunghafte Steuerung auch hier eine bedeutende Kostenüberschreitung bringt. Man nimmt Kenntnis und sieht genauer Abrechnung entgegen. In nächster Zeit soll eine Beleidigung stattfinden, an der die Stadtverordneten teilnehmen. (Und die Presse?) Zugestimmt wird der Erhöhung der Brandversicherungssumme der Inneneinrichtung der Müllerschule auf 6 Millionen Mark (1 Million für Modelle und den Schüler gehörige Zeichnungen usw., 2 Millionen für sonstiges Inventar, 3 Millionen für Materialien). Diese Summe ist eine vorläufige; endgültige Feststellung erfolgt nach vollständiger Fertigstellung aller Baustellen.

Von den zwei halben Freistellen der Stadt an der Landesschule zu Dresden ist zurzeit eine besetzt. Auch hier entsteht gegenüber den vorgegebenen Kosten ein Mehraufwand und zwar für die Zeit vom 1. 10. 22 bis 31. 3. 23 von 4250 M. den man bewilligt. (Die zweite Stelle ist ebenfalls vergeben und wird Ostern 1923 befreit.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft Hilfsmittel für Minderbemittelte. Der Finanzauschuß schlägt vor, die 50 000 M. für verbilligte Brennstoffe (Beschluß der vorigen Stadtverordnetenversammlung) aus den zu erwartenden freiwilligen Spenden und möglichenfalls aus ebenfalls zu erwartenden Mehreinnahmen des Fortses zu decken. Weiter wird vorgeschlagen, etwa 200 Personen einen Brotzuschuß von wöchentlich 40 M. (durch Marken) und verbilligte Kartoffeln, worüber Näheres, insbesondere bezüglich der Kosten, noch nicht feststeht, zu gewähren. Zu den im Haushaltplan eingestellten 7000 M. für Kartoffeln, 3000 M.

für andere Lebensmittel, 50 000 M. für Kleintrentner und 30 000 M. für Sozialrentner schlägt der Finanzauschuß zur Kostenbedarf noch folgende Beiträge vor: 11 000 M. Uberschuß der Kartoffelversorgung 1921, 2034 M. Uberschuß der Kohlemiete 1921, 150 000 M. Mehreinnahmen aus Holz, 10 000 M. Mehreinnahmen der Gebärmutterkasse, 30 000 Mehreinntrag der Umstädter, 15 000 M. Mehreinntrag der Vergnügungssteuer, 15 000 M. Mehreinntrag der Musikinstrumentensteuer und 5000 M. aus dem Brennstoffversorgung 1922; das sind insgesamt 328 934 M. Aus den vom Reich für Sozialrentner bereitgestellten Mitteln erhält Dippoldiswalde 52 010 M. Die Gemeinden müssen mindestens ein Viertel dieses Betrages zuziehen. Es wird vorgeschlagen, diese 13 127,50 M. zu Lasten der für Hilfmaßnahmen vorgesehenen Mittel zu verminderen in der Erwartung, daß der Bezirk einen Teil zurückvergütet. Diese Unterstützung (außer dem Kopf des von dem dazu eingezogenen Ausschusses bestimmten Personen entfallen rund 1100 M.) ist bestimmungsgemäß möglichst in Lebensmitteln zu gewähren, weshalb solche sofort eingekauft werden sollen. (Zur Mitwirkung beim Einkauf wird aus dem Kollegium Stadtverordneter Niemann bestimmt.) Das Fleisch der Freibank soll in erster Linie den Minderbemittelten — gegebenenfalls mit Hilfe der vorerwähnten Reichsmittel teilweise kostenlos — zukommen, die zu diesem Zwecke eine Legitimation erhalten und beim Verkauf den Vortritt haben sollen. Vom Stande der ganzen Angelegenheit, insbesondere auch der eingeleiteten freiliegenden Hilfe, nimmt das Kollegium Kenntnis und stimmt allen Vorschlägen einstimmig zu.

Für verschiedene Bauleihen im städtischen Mietwohnhaus waren 45 000 M. vorgesehen, die aber nicht reichen. Insbesondere hat sich — das darf man aus der Aussprache wohl entnehmen — die teilweise Umleitung der Wasserleitung notwendig gemacht, die nicht vorgesehen war. Soweit Abrechnung vorliegt, sind 53 000 Mark Ausgaben entstanden. In Höhe dieser Summe hat man bei der Landesversicherungsanstalt ein Darlehen nachgezahlt und zugesagt erhalten bei 4 1/2 % Zinsen und 10jähriger Tilgung. Der Rat will dieses Darlehen aufzunehmen und nach vollständiger Abrechnung noch ein zweites. Bei den Stadtverordneten ist ansangs wenig Neigung vorhanden, zwei Darlehen aufzunehmen, schon der Kosten wegen. Man ist der Meinung, daß die Arbeiten seit 1 1/2 Monaten fertiggestellt sind, müsse auch vollständige Abrechnung jetzt möglich sein. Die Frage, weshalb das nicht geht, bleibt schließlich offen, und man stimmt nach längerer Aussprache dem Rat zu.

Weiter steht zur Beratung eine Ratsvorlage, die für einen künstlerischen Waschessel im Armenhaus 23 465 M. fordert. Der Vorsteher stellt aus den Akten fest, daß der Armenauschuß seinerzeit die Anschaffung eines solchen für 18 000 M. vorgeschlagen und der Rat die Arbeit dann für 21 500 M. vergeben habe. Die Rechnung lautet auf obigen Betrag. Der Finanzauschuß habe sich mit der Sache nicht beschäftigt, die Stadtverordneten, denen sie heute zum ersten Male vorliege, würden vor die fertige Tatsache gestellt. Von Ratsseite wird erwähnt, man habe genaue Angaben über die Kosten nicht machen können und die Arbeit schließlich freibleibend vergeben müssen, da bei Verzögerung der Preis noch höher geworden wäre. Der Betrag wird bewilligt.

Der letzte Beratungsgegenstand betrifft zwei Gesuche des Ortsausschusses für Jugendpflege um Errichtung einer Jugendherberge, bestehend aus einem Aufenthalts- und zwei Schlafräumen, mit liegendem Wasser, Herd und Kochgas. Gedacht ist an das Kellergeschoss der Müllerstraße, wo Rohdecke an sich jetzt nicht eingezogen wird. Der Rat genehmigte das Gesuch insoweit, als er die Räume zur Verfügung stellen und in denselben mit vorhandenen alten Kesselregalen einen Fußboden herstellen will. Weiteres muß dem Ortsausschuß für Jugendpflege überlassen werden. Die Stadtverordneten stimmen dem zu. Man ist der Meinung, daß Behilfen des Staates und des Dresdner Jugendamtes (da wohl die Dresdner Jugend in erster Linie die Herberge benutzen werde) durch die Jugendpflegestellen zu erlangen sein werden.

Örtliches und Sachisches

Dippoldiswalde. Erschreckend groß ist die Not unserer Zeit geworden. Besonders groß aber bei denen, die nicht mehr am Produktionsprozeß teilnehmen können, weil Krankheit oder Alter sie davon hindert. Die Einkünfte, die sie haben, zu einem großen Teile aus einem Kapital stammend, das sie sich in langer, mühsamer Lebensarbeit aufgespart hatten, sind bei der Geldentwertung unserer Tage ein Nichts. Sie sparten Gold und bekommen jetzt sie des Elends, das sie betroffen, ohne Murren. Hier einzutreffen und zu helfen ist Menschenpflicht. Ein Aufruf des Sonderausschusses „Altershilfe“, dem wir uns aus vollem Herzen anschließen, bittet die Einwohnerschaft, wieder zu der von unseren Vorfahren gepflegten schönen Sitte zurückzukehren und diese alten Leute unentbehrlich an ihrem Mittagstisch, sei es einmal oder mehrmals in der Woche oder täglich, teilnehmen zu lassen. (Weiteres siehe Bekanntmachung.) Viel Freude wird auf diese Weise gesetzt, sowohl den Alten, denen der Lebensabend etwas freundlicher gestaltet wird, wie den Geboren selbst. Möchte der Aufruf recht viele Anmeldungen zeitigen.

Dippoldiswalde. Die Hauptversammlung der Geistlichen in der Ephorie Dippoldiswalde am 9. November begann mit einer gottesdienstlichen Feier in der Stadtkirche. Herr Sup. Michael führte auf Grund von 1. Tim. 1, 18 u. 19 aus: Wir Geistlichen sollen Führer unserer Gemeinde sein, unermüdlich im Kampf, unerschöpferlich im Glauben, unbeweglich im Gewissen, und gedachte im besonderen des verstorbenen Pfarrers Hanke in Redenberg. An den Eingang der Versammlung in „Stadt Dresden“ stellte der Vertreter des Landeskonsistoriums, Landeskonsistorialrat Dinter, das Wort 1. Kor. 16, 9, das uns stärken darf in den gegenwärtigen Nöten im Vertrauen auf den Herrn der Geschichte. Den Hauptvortrag hielt Pfarrer Richter-Dittersbach über „Luthers Stellungnahme zum alttestamentlichen Jinsverbot unter den heutigen Verhältnissen“. Es war die brennendste Tagesfrage, die er darin behandelte, nämlich die soziale Frage und Beurteilung des Kapita-

lismus, alles unter dem religiösen Gesichtspunkt. 2 Stellen aus den 2. und 5. Buch Mose verbieten es, Jinnen zu nehmen. Diese wurden untersucht und Luthers Stellung dazu gezeigt. Die von heiligem Idealismus und glühender Liebe zu unserem Volk getragenen Ausführungen gingen darauf hinaus, daß das Jinsverbot als Gottes Forderung auch heute zu Recht bestehe, daß es kein arbeitsloses Hinkommen geben dürfe, ja daß es richtiger wäre, daß im Rahmen aufgespeicherte Geld würde geringer im Wert. Dann wurde vieles debattiert. Das Korreferat von Pfarrer Schille und die Aussprache beleuchteten freilich auch die andere Seite, die gänzlich veränderte Verhältnisse heute und anderer. Aber wenn auch die Fachleute misstragen müssen, so verurteilte die Kirche doch allen Wucher. Dann berichtete Dr. Böhme-Frauenstein über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das am 1. April 1923 in Kraft treten soll. Der Herr Ephorus forderte zur weiteren Gründung von Elternvereinen auf, damit auch die christliche Elternschaft im Kampf um die christliche Schule auf dem Plan ist, was in Sachsen nur zu nötig ist. Pfarrer Fügner-Hennersdorf behandelte die neuen Verordnungen für Verpachtung von Pfarrfeld, deren gerechte Regelung eine Lebensfrage für die Kirche ist. Eine schier endlose Aussprache schloß sich an und beleuchtete freilich die furchtbare Notlage der Kirche, insbesondere die Not in vielen Pfarrhäusern. Der kirchenvorständliche Staat arbeitet planmäßig darauf hin, die Kirche finanziell zu erlösen. Aller gute Wille der Behörde, alles Dulden der Einzelnen scheint vergeblich zu sein. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, das Konstitutum zu erläutern, die Überschussgemeinden genau festzustellen, zu lassen, um Ausgleich zu schaffen, ferner sich mit einem unerstrockneten Appell an das Kirchenvolk zu wenden, ob es gewollt ist, durch tatkräftige Nothilfe seine Kirche am Leben zu erhalten oder nicht. Klönningen zur Bewertung des Wertes der Dienstwohnung, Befreiungen belt, Auslösung, Rechnungsprüfung und anderes beschließt 1 1/2 Uhr die Tagung, die 7 1/2 Stunden dauerte. Es hätte noch Stoff zu Stundenlangen Beratungen vorgelegen, ein Zeichen, wie viele Fragen jetzt die Kirche bewegen und bestimmen. Ernst ist die Lage, aber auch Tatkräft und Mut ist vorhanden und festes Vertrauen auf den lebendigen Gott, dessen Sache wir führen. Er helfe weiter und lasse auch aus dieser Tagung Segen stechen für unsere Gemeinden.

Stern-Lichtspiele. Am Sonntag gelangt der erste Teil des ganz hervorragenden zweiteiligen Auslands-Großfilms der Ufa „Im Rausche der Macht“ zur Aufführung. Die Hauptdarsteller dieses erstklassigen Werkes sind Gunnar Tolnay und Clara Wieck. Gunnar Tolnay erfreute uns bereits in dem Drama „Sturmflut des Lebens“, in welchem er die Rolle des Professor Sanden inne hatte, durch sein meisterhaftes, wirkungsvolles Spiel. Der neue Großfilm „Im Rausche der Macht“ gehört zu den besten Filmen dieses Jahres. Im heiteren Teil erscheint „Knopfchen“.

Am 12. November ist Werbelag für den evangelischen Jungmannverein. Die Vereine des Kreisverbandes Dippoldiswalde finden sich an diesem Tag nachmittags 2 Uhr in der Körnermühle bei Ammelsdorf zusammen. Auch Gäste sind dazu herzlich willkommen. Der Junglingsverein Dippoldiswalde wird in acht Tagen den Werbelag hier besonders abhalten.

Wie erzählt wird, wurde einem Reichsäderer Gutsbesitzer in den letzten Tagen durch Einbruch ein größeres Quantum Butter gestohlen. Die Würste, die die Diebe vor der Haustür zum Mitnehmen bereit gelegt hatten, liegen sie liegen, da sie wohl bei ihrer rentablen Tätigkeit gestohlen worden sind.

Bei der Auslösung der Geschworenen für die 6. diesjährige Tagung des Schwurgerichts Dresden wurde aus dem Verwaltungsbezirk Dippoldiswalde Lohgerbermeister Robert Adolf Höhnel in Geising ausgelost.

Schöffengericht Dresden. Ein hoffnungsvoller Durchgang der 1904 zu Oberauendorf bei Rabenau geborene Güttermühllehrling und Färbereigehilfe Kurt Otto Limbach zu sein, wie eine größere Verhandlung vor dem Dresdenner Schöffengericht ergab. Der erst 18 Jahre alte Angeklagte ist bereits wiederholt und auch erheblich vorbestraft. Wegen dieser Straftaten war bereits im Sommer 1915 vom Amtsgericht Tharandt die Färbereigehilfe angeordnet worden. Nach Verbüßung langer Freiheitsstrafen war Limbach im Bezirkshaus Saalhausen bei Direktor Ulrich als Färbereigehilfe untergebracht. Dort flüchtete der offenbar unverbrecherliche Färberei Anfang August, hielt sich einige Wochen als Kohlenarbeiter in Jauderode auf, um dann in Quohren und Dresden sein Leben zu fristen. Während der ganzen Zeit versteckte Limbach zum Teil in Gemeinschaft eines gewissen Bernhard Wahler, Gelegenheitsarbeiter aus Schönenburg bei Schweinfurt, jetzt unbekannten Aufenthalts im Anstaltsgrundstück Saalhausen und weiter auch im Krug-von-Nidda-Vergleichshaus 7 schwere Einbrüche. Dabei stießen den Spießbüben u. a. zwei Handwagen, je ein Schraubstock und Bohrmashine, Werkzeuge, Eisenstücke, Kaninchen und eine große Menge wertvolle Lebensmittelvorräte in die Hände. Bei einem Einbruch erlangte Limbach 10 000 M. Lebensmittel; er packte die Sachen in einen Sack und verbarg dann die Beute in einer Obsthütte in Jauderode, wo sie zufällig gefunden wurde. Über den merkwürdigen Fund ist seinerzeit in der Tagespresse berichtet worden. Zu gleicher Zeit versteckte Limbach aber auch in Vorstadt Striesen und Quohren schwere Einbrüche; so stahl er dem Gutsbesitzer Jenerl 21 000 M. Bargeld, das in einer Hutschachtel auf dem Schrank in der Wohnstube aufbewahrt wurde. Als der Spießbube erneut in Quohren auftauchte und bei Jenerl einsteigen wollte, wurde er gestört, verärgert und sofort bei dem Gutsbesitzer Renner daselbst einen Einbruch, wobei ihm Kaninchen in die Hände fielen. Weitere Einbrüche in Wohnungen in Vorstadt Striesen hatten nur teilweise Erfolg. Von den Erträgnissen der Diebesbeute machte sich Limbach verschiedenlich recht vergnügte Tage, bis er vom zuständigen Osendarm in Kreischa am 26. September festgenommen werden konnte. Das Dresdenner Schöffengericht verurteilte den bereits rückfälligen jugendlichen Einbrecher am 10. November zu 5 Jahren Gefängnis. Es standen insgesamt 12 derartige Straftaten zur Aburteilung unter Anklage.

Kesselsdorf. Am Dienstagabend verbrachte sich das 11 Monate alte Tochterchen des Schweizers Jöhne in Kesselsdorf mit hocher Milch derartig, daß es am folgenden Abend seinen furchtbaren Verlegerungen erlegen ist.

Von Woche zu Woche.

Nachbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer! Tag für Tag flatterte der Dollar in die Höhe und war bereits nicht mehr allzuweit von 10 000 entfernt, da ist er plötzlich in ganz kurzer Zeit um mehr als 2000 Punkte zurückgegangen und wird, wenn die Optimisten recht behalten sollen, auch noch weiter sinken.

Diese erfreuliche Meldung ist zweifellos auf die letzte Note der Reichsregierung auf die Reparationskommission zurückzuführen. Die Reichsregierung hat, gestützt auf die Gutachten der hervorragendsten Kenner der Finanz- und Wirtschaftslage Europas, neue Vorschläge gemacht, die den guten Willen auf deutscher Seite erkennen lassen und offenbar das schwer erschütterte Vertrauen des Auslandes zu Deutschland wieder einmal etwas gestärkt haben. Ob die Beiseitung der deutschen Valuta weitere Fortschritte machen wird, hängt allerdings ganz von der Ausnahme ab, die die deutschen Aussagen bei der Reparationskommission und bei den alliierten Realierungen finden werden. Der Präsident der Reparationskommission Barthou soll sich ja, wie versichert wird, vor seiner Abreise aus Berlin mit dem Ergebnis der Verhandlungen befriedigt erklärt haben. Die Kommission bringe ausführliche Schilderungen der deutschen Finanzen und des deutschen Haushalts nach Paris mit und werde sie durchprüfen. Alle Entscheidungen würden, wie dies vornehmlich vereinbart worden war, erst in Paris getroffen werden.

Wann diese Entscheidungen fallen werden, wissen wir nicht. Optimisten glauben, daß die Reparationskommission sich sehr schnell für die Enderfüllung der vorgeschlagenen internationalen Bankkonferenz entscheiden werde. Aber selbst wenn diese Optimisten recht behalten sollten, wären wir noch lange nicht über den Berg. Die Mitglieder der Reparationskommission sind gewiß souverän, aber sie handeln stets nach den Weisungen und im Auftrage ihrer Regierungen. Und in den letzten Jahren ist es leider wiederholt vorgekommen, daß die oft nur politisch orientierten, sogar meist rein innerpolitisch eingestellten Staatsmänner verdarben, was die etwas wertblinden Männer der Wirtschaft vorgeschlagen hatten. Das deutsche Volk wird also nochmals Geduld üben müssen.

In wenigen Wochen werden die alliierten Staatsmänner in Brüssel zusammengetreten, um sich über das Reparationsproblem eingehend zu unterhalten. In der nötigen Unterlage für ihre Verhandlungen fehlt es ihnen nicht. Die Vorarbeiten für die Konferenz sind von den ausländischen Finanzachverständigen und Bankiers in Berlin in vorbildlicher Weise geleistet worden. Hoffentlich finden ihre Worte auch die gebührende Beachtung.

Vor allem muß man sich in Brüssel darüber klären — und das ist in der deutschen Note und in den Sachverständigungsgutachten immer wieder betont worden — daß ein dauernder Erfolg aller deutschen Maßnahmen zur Wiedergewinnung des Vertrauens des deutschen und des ausländischen Publikums in die Zukunft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen nur dann verbürgt sei, wenn die endgültige Lösung des gesamten Reparationsproblems alsbald in Angriff genommen und mit größter Bejahung zu Ende geführt wird.

Pflicht zur Selbsthilfe.

Der Dollar flattert und flattert, von 6000 auf 7000 und 8500 usw. er scheint noch lange nicht stillzustehen. Gleichzeitig wird in Berlin über die Stabilisierung der Mark „verhandelt“. Das Ergebnis: Die Mark fällt weiter. Man hofft auf das Ausland, auf Amerika und die Neutralen; vergessen. Wollen die denn überhaupt Deutschland helfen? Wenn sie helfen wollten oder könnten, warum haben sie dann nicht früher eingegriffen?

Nein, auf fremde Hilfe zu warten, kann das deutsche Volk vor sich selbst nicht verantworten. Würde es das tun, würde es sich selbst aufgeben. Haben wir kein Vertrauen mehr zu uns selbst, dann können wir nicht verlangen, daß andere an uns glauben. Und ein Geschäftsmann, wie es der Amerikaner ist, saniert nur ein Unternehmen, das Aussicht auf Prosperität und den festen Willen hat, sich nicht unterliegen zu lassen.

Riemand kann uns vor dem Untergang bewahren, wenn nicht wir selber. Wir müssen handeln, Taten zeigen, nicht mehr abwarten und die Dinge kaufen lassen. Daß die Reparationszahlungen unerlässlich sind, das zweifelt heute niemand mehr an. Ihre Stundung und Verminderung ist unerlässlich.

Aber vor allem anderen müssen wir zunächst alle Wege zur inneren Gesundung unseres Volkes einschlagen. Wir selber müssen alle unsere Kräfte auf das Neuerste anspannen. Die Steigerung der gesamten Produktion auf das Maß höchster Leistung, die Ausnutzung des einzigen nennenswerten Kapitals, das Deutschland noch geblieben ist, der Arbeitsmarkt, mit allen Mitteln, das ist das eine, das wir zur inneren Gesundung der deutschen Wirtschaft tragen und müssen. Das andere ist eine planmäßige und gesunde Verwaltungs- und Finanzreform, die alle unproduktiven Kräfte ausschaltet und die gesamte Arbeit nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten einstellt.

Beschreiten wir diese Wege endlich einmal energetisch und zielfähiger, dann wird auch ohne weiteres das Vertrauen des Auslandes in den gesunden Menschenwillen des deutschen Volkes wiedergekehrt, und daraus ergibt sich ebenso von selber dann eine Stabilisierung der Mark.

Abreise der Reparationskommission.

Fortschreibung der Beratungen in Paris.

Die Reparationskommission hat Freitag nachmittag Berlin verlassen, um nach Paris zurückzukehren. Vor ihrer Abreise hat sie der Reichsregierung in einer Note mitgeteilt, daß sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris die ihr unterbreiteten Vorschläge

oder andere, die ihr die Reichsregierung etwa noch zugehen lassen wird, einer Prüfung unterziehen wird.

Auch die ausländischen Finanzachverständigen und Bankiers haben Berlin verlassen. Zuwohl hatte sie der Kanzler zu einem Abschiedsbesuch empfangen und ihnen im Namen der Reichsregierung und des deutschen Volkes für die Bereitwilligkeit gedankt, mit der sie dem Rufe folge geleistet haben, und für die hingebende und tiefschlagende Beantwortung der gestellten Fragen.

Bradbury über die Berliner Verhandlungen.

Das englische Mitglied der Reparationskommission Bradbury hat den englischen Pressevertretern zum Abschluß der Berliner Reparationsverhandlungen eine Erklärung abgegeben, die im Gegensatz zu den Ausschreibungen seines französischen Kollegen Barthou sehr pessimistisch gehalten ist. Er hält es zwar für bringend notwendig, Deutschland angehend seiner ernsten Lage ein gewisses Maß von Budgetdränen und äußerer Hilfe zuteil werden zu lassen. Aber weder England noch Frankreich wünscht größere Konzessionen zu machen, als unbedingt notwendig sei. Bevor jedoch die deutsche Regierung einen bestimmten Aktionsplan aufstelle und offen sage, welche Konzessionen sie als wesentlich betrachte, um den Plan zur Ausführung zu bringen, könne nichts Rücksicht geschehen. Vom Gesichtspunkt des Fortschritts in der Richtung auf die Verwirklichung eines solchen Planes sei der Besuch in Berlin eine Enttäuschung gewesen. Deutschland müsse zuerst mit der Selbsthilfe beginnen, es dürfe nicht auf gute Freunde hoffen. Wenn die deutsche Regierung keinen Mut habe und keine Mittel und Wege finde, sich selbst zu helfen, so könne die Reparationskommission ihr nicht helfen. Wenn sie weiter ihre Arme kreuzt und auf die Katastrophe warte, so könne sie und werde sie wahrscheinlich zerstörende Kräfte auslösen, gegen welche der Rhein nur eine schwache Grenze bilden und gegen die auch der Kanal sich als unwickelbar erweisen werde. Er, Bradbury, sei gegen Zwangs- und Kontrollpolitik, sie würde nur den Franken auf den Weg der Mark bringen. Im übrigen erwarte er, daß in Paris nach genauer Prüfung des großen Altenmaterials der deutschen Vorschläge weitere Verhandlungen im Haag kommen und noch weitere Ausführungen und Erläuterungen Deutschlands nötig sein würden, die die Reparationskommission entgegenzunehmen jeden Augenblick bereit sei.

Eine Rede Poincarés.

Das französische Programm für Brüssel.

Zufälligerweise — oder war es nicht vielmehr bestellte Arbeit? — stand am Tage des Abschlusses der Berliner Reparationsverhandlungen im französischen Senat eine Interpellation zur Debatte auf Durchführung einer wirksamen Reparationspolitik im Ruhrgebiet. Der Interpellant Hubert bezeichnete es als bringend notwendig, die deutschen Großindustriellen in stärkerem Maße zur Leistung von Reparationszahlungen heranzuziehen.

In der Aussprache über die Interpellation ergriff dann Ministerpräsident Poincaré das Wort zu einer längeren Rede über die französische Reparationspolitik, in der es an den üblichen Aussfällen und Drohungen gegen Deutschland nicht fehlte. Gleich zu Anfang warf er der deutschen Regierung vor, daß sie Luxusausgaben mache, die mit der Versicherung der Zahlungsfähigkeit nicht in Einklang zu bringen seien. Auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Sanktionen will er nicht verzichten, wenn auch zugegeben sei, daß Sanktionen und Pfänden Frankreich nicht zu den erhofften Goldmilliarden verhelfen würden. Frankreich könne nur durch eine deutsche Anleihe zu Zahlungen gelangen. Das ganze Problem der Entschädigungszahlungen und des französischen Anteils daran müsse aufs neue auf der Brüsseler Konferenz aufgeworfen werden. Wenn die deutsche Regierung erkläre, dem Sturz der Mark nicht steuern zu können, bis nicht eine völlig andere Regelung der Reparationszahlungen erfolge, so müsse Frankreich dem die Erfahrung entgegensetzen, daß das Deutsche Reich zur Gesundung seiner Finanzen niemals einen internationalen Kredit beanspruchen dürfe. Eine internationale Unselbstständigkeit darf nur den Reparationszahlungen und niemals der Festigung der Mark dienen. Auf der Brüsseler Konferenz werde Frankreich betonen, daß es als äußerste Maßnahme Zwangsmittel unter allen Umständen fordern müsse, falls die Zahlungen auf anderem Wege nicht zu erlangen seien. Frankreich wolle Deutschland nicht verschlafen, wenn ihm aber in Brüssel nicht volle Genugtuung werde, was Poincaré jedoch hoffen will, so werde es nichts in der Welt zurückhalten, gegen Deutschland allein vorzugehen.

Nach dieser jeder wirtschaftlichen Vernunft widersprechenden Rede, die in schroffstem Gegensatz zu dem Urteil der Berliner Sachverständigen steht, hatte der Nationale Block nichts Elgeriges zu tun, als seinem Führer von neuem das Vertrauen an auszusprechen, daß er „durch eine wirkungsvolle Politik die Sicherheit Frankreichs und die Reparationszahlungen gewährleisten wird“.

Wir fürchten, daß der französische Ministerpräsident durch seine letzte Senatsrede gerade das Gegenteil erreicht und die Mark mit dem französischen Franken immer tiefer in den Abgrund stürzt.

Die neue Einkommensteuer.

Bei einem Einkommen bis 400 000 Mark zehn Prozent Steuer.

Die von der Regierung eingebrachte und vom Reichsrat bereits genehmigte Novelle zum Einkommensteuergesetz enthält einschneidende Änderungen für das nächste Jahr 1923. Der allgemeine Steuertarif wird so ausgestaltet, daß die Grenze des steuerbaren Einkommens, bei der nur 10 Prozent zu erheben sind, auf das vierfache erhöht wird.

Es sind also zu zahlen bei einem steuerbaren Einkommen von 400 000 Mark 10 Prozent, bei weiteren

200 000 Mark 15 Prozent usw. steigend bis 60 Prozent.

Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 Mark für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 Mark beträgt, und um je 4800 Mark für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 Mark nicht überschreitet. Bezuglich der Lohnsteuer betragen die Abzüge für 1923 für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung je 200 Mark, bei wöchentlicher je 48 und bei täglicher Lohnzahlung je 8 Mark, für jedes Kind bis zum Alter von 17 Jahren je 400 Mark monatlich, 96 Mark wöchentlich oder täglich 16 Mark. An Verbrauchssteuern dürfen für 1923 abgezogen werden bei monatlicher Lohnzahlung 450 Mark, bei wöchentlicher Zahlung 108 Mark und bei täglicher 18 Mark.

Für 1922 ist in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuertarif etwas ermäßigt worden. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 Prozent beträgt, ist von 100 000 Mark auf 250 000 Mark erhöht worden.

Die Abzüge von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 sollen betragen je 340 Mark monatlich für den Ehemann und die Ehefrau und je 610 Mark für jedes Kind.

Politische Rundschau.

— Die Deutschnationale Reichstagsfraktion fragt an, was zur Feststellung der Attentäterspläne gegen Dr. Wirth geschehen sei, von denen vor kurzem der Reichstagspräsident gesprochen hat, und was dabei herausgefunden ist.

— Die im 56. Jahrgang erscheinende Papenburger Zeitung hat mit dem 1. November ihr Erscheinen eingestellt.

— Auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik ist vom Oberpräsidenten Höring das Ereignis der „Wittelsbacher Presse und Stuttgarter Tageblatt“ auf vier Wochen verboten worden.

:: Die nationalsozialistische Bewegung in Bayern hat die sozialdemokratische und die demokratische Landtagsfraktionen veranlaßt, beim Ministerpräsidenten, beim Ministerium des Innern und beim Polizeipräsidium vorstellig zu werden, um auf die drohenden Gefahren hinzuweisen, die aus der nationalsozialistischen Bewegung für die öffentliche Ruhe und Ordnung erwachsen. In Kreisen der Bayerischen Volkspartei sollen ebenfalls Gegenmaßnahmen erwogen werden.

:: Das bayerische Regierungprogramm. Der neue bayerische Ministerpräsident v. Kneiling hielt im bayerischen Landtag seine Programmrede. Von besonderem Interesse waren seine Ausführungen über das Verhältnis Bayerns zum Reich. Er verwahrte sich gegen jede Unzulänglichkeit der Reichstreue Bayerns: das unzulängliche Verhalten des bayerischen Volkes an seinem Eigentheil sei keine Eigenbrötelei und eine mutwillige Ausehnung gegen das Reich. Bayern habe nicht den Kampf mit dem Reich, aber es sei gegen einen straffen Einheitsstaat und wünsche die Rückkehr zu den bewährten bundesstaatlichen Grundsätzen. Wenn auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden sei, würden künftig Konflikte vermieden werden. Sollten aber neue Angriffe auf Bayerns eigene Lebensinteressen erfolgen, insbesondere auf seine Justiz- und Polizeiherrschaft, so werde man den bayerischen Ministerpräsidenten jederzeit auf dem Plan finden, um Bayerns Selbstständigkeit zu verteidigen. Kneiling empfahl dem deutschen Volke „spartanische Einfachheit und außerste Unspannung aller Kräfte zur Erzielung der größtmöglichen Arbeitsleistung“. Der Brundzah der Abstimmungstage dürfe nicht schematisch zu Ende gehegt werden.

:: Kohlemangel und Vollbeschäftigung. Im Laufe der Besprechungen zwischen der Reparationskommission und deutschen Regierungsvertretern über die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente schilderte Geh. Obermediävalrat Krohne die ernste Bedrohung der deutschen Vollbeschäftigung durch die wachsende Kohlennot. Er wies nach, daß die Sterblichkeit, die sich nach dem Kriege infolge der besseren Ernährung wieder vermindert hatte, neuerdings wieder ansteigt und in der Hauptstadt auf eine bedenkliche Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Erfältungen zurückzuführen sei. Man müsse daher namentlich den unbemittelten Bevölkerungsschichten im kommenden Winter mehr Kohlen liefern als bisher. Das sei um so notwendiger, als wegen der Teverung breite Schichten sich nicht mehr den täglich notwendigen Bedarf an Fett zuführen können. Eine Mehrbelieferung an die Entente müsse unabschaltbare Gefahren für die Gesundheit mit sich bringen. Wenn die Entente weiter künftig 5 Millionen Tonnen Kohle monatlich mehr verlange, so würde das die Wirkung haben, daß bei der Annahme des Heizbedarfs einer Familie von nur 3 Person Kohle im Monat etwa 1700 000 deutsche Familien frieren und zum nicht geringen Teil an Erdaltung erkranken oder sterben müßten. Die eindringlichen, mit einem reichhaltigen Material unterstütteten Schilderungen Krohnes haben hoffentlich gewirkt.

:: Beträchtliche Steuererträge des Reichs. Nach einer soeben erschienenen amtlichen Übersicht sind im September aufgetreten aus Post- und Verkehrssteuern 20,39 (1. B. 2,24) Milliarden und seit 1. April 90,07 (25,64) Milliarden. Während ist das Mehraufkommen (64,43 Milliarden) fast so groß als die gesamte Einnahme veranschlagt wurde (68,24 Milliarden). Aus Böllen und Verbrauchssteuern kamen auf im September 7,24 (1,58) Milliarden, seit 1. April 32,68 (7,03) Milliarden; Mehraufkommen 25,66 Milliarden, Veranschlagung 38,14 Milliarden. Die Ausfuhrabgaben erbrachten im September 4,06 (0,94) Milliarden, seit 1. April 10,28 (0,46) Milliarden; Mehraufkommen 9,82 Milliarden, Veranschlagung 2,34 Milliarden. Post und Telegrafie erbrachten im September 3,66 (0,65) Milliarden und seit 1. April 13,38 (3,23) Milliarden; Mehraufkommen 10,12, Veranschlagung 20,88 Milliarden. Die Reichsbahn vereinigte im September 25,33 (2,60) Milliarden, seit 1. April 92,24 (13,17) Milliarden; Mehraufkommen 79,07, Veranschlagung 100,88 Milliarden.

In Dublin griffen irische Rebellen eine Kaserne der Freiheitskämpfer an. Die Rebellen wurden zurückgeschlagen. Es gab drei Tote und zahlreiche Verwundete.

Das Revolutionskomitee in Athen hat beschlossen, acht griechische Minister, darunter die früheren Ministerpräsidenten Gouaris, Theophilis und Stratos vor ein außerordentliches Kriegsgericht zu stellen.

In Sultana (Indien) sind einige Mohammedaner wegen aufschreierischer Machenschaften verhaftet worden, darunter der Präsident des Kaisar-Komitees.

Faschisten und Legionäre aus Italien versuchten die südostslawische Grenze zu überschreiten und den Hafenort Sušec zu belegen, wurden aber von italienischen Grenzschutztruppen nach kurzen Gefecht zurückgewiesen.

Die südostslawische Regierung hat unter Hinweis auf die gespannte internationale Lage einen außerordentlichen Streit für Heer und Flotte im Betrage von 800 Millionen Dinar angefordert.

Voten: Die Zusammensetzung des neuen Sejmus.

Nach dem vorläufigen nichtamtlichen Wahlergebnis erspielten bei den Wahlen zum polnischen Sejm der Minderheitsblock 167 Mandate, die Polizeipartei 70, der Widerstandsblock 64, die Thugutpartei 46, die Sozialisten 42, die galizischen Nationalen 16, die nationale Arbeiterpartei 16, die Stadtkommission 4 und die Kommunisten 2 Mandate. Nach Romuald Godzienne sollen von den Mandaten des Minderheitsblocks den Juden 19, den Ukrainer 18, den Deutschen 16 den Weißrussen 10 und den Russen 1 Mandat zu. Ministerpräsident Piłsudski, der Finanzminister Jastrebowski und weitere zwei Minister, die sich um Sejmmandate, zumeist auf den Listen der überlateralen National-Socialistischen Union, beworben hatten, sind durchgescheitert. Am Sonntag finden die Senatswahlen statt, nach deren Abschluß der Kampf um den Präsidientenposten beginnt.

Bereinigte Staaten: Geringe republikanische Mehrheit.

Die Mehrheit der republikanischen Regierungspartei im Repräsentantenhaus ist von 170 Stimmen bei 10 auf Null zu ammengebrochen. Die Republikaner haben 128 Sitze, die Demokraten 207, die Sozialisten, Landwirte und Unabhängige einen Sitzen erhalten. Im Senat ist die republikanische Mehrheit gleichwertig, obwohl die Parteien Verlust von 6 Sitzen erlitten haben. Die Republikaner haben 11, die Demokraten 19 Sitze von 36 freien erhalten. Unter den Senatoren, die nicht wiedergewählt sind, befindet sich der Senator Mac Cumber, der Urheber des gegenwärtigen Zolltarifs. Diese Niederlage, wie die des Senators Volek, der den Entwurf für das Altväterverbot verfaßt hatte, wird als beachtend für die heutige Regierung angesehen.

Noch ein Gutachten.

Berlin, 10. November. Die internationalen Finanzversammlungen Bisselring, Dubois und Cassel haben ein weiteres Gutachten auf die Fragen der Reichsregierung erstattet, das folgende Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark vorschlägt: Die Schaffung einer neuen festständigen Wertmesser, und zwar einer kleinen Einheit als der alten Goldmark angeglichen der Verarmung der gesamten Weltwirtschaft, am besten in einem Teilstück eines Pfund Sterling oder eines Dollars; eine selbständige „Goldbank“ zur Einführung dieses neuen Wertmessers mit 100 Millionen Goldmark Grundkapital und vorläufig ein diese vertretendes Komitee; drittens einen internationalen Bankkredit, z. B. im Betrage von 500 Millionen Goldmark. Eine endgültige Stabilisierung sei aber nur zu erreichen, sofern die Beziehungen im Lande sie ermöglichen. Richtig durch Ausgleich des Staatshaushaltes, durch Herbeiführung einer wenigstens ausgleichenden Handelsbilanz und durch Ausgleichung der Zahlungsbilanz. „Die zu treffenden Maßnahmen“, schließt das Gutachten ab, „müssen unverzüglich veranlaßt werden, ansonst zu befürchten ist, daß eine Aktion zu spät sein wird, um Aussicht auf Erfolg zu haben.“

Deutschland und die Sowjetstaaten.

Berlin, 10. November. Die Reichsregierung will die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zu den der Sowjetrepublik verbündeten Mitgliedern (Ukraine, Georgien usw.) sofort wieder aufnehmen, ohne die Ratifizierung des erweiterten Rapallo-Vertrages abzuwarten.

Bonar Law's Appell an Frankreich.

London, 10. November. Der englische Ministerpräsident Bonar Law hat bei dem Jahrestreffen in der Guildhall einen feierlichen Appell zur Einigkeit an die Verbündeten gerichtet. Bonar Law bezeichnete die Ansicht, daß England seine eigenwilligen Interessen in der Reparationsfrage allzu mild gegenüber Deutschland gestimmt hätten, als einen völkigen Irrtum. Es sei vollkommen wahr, daß es im Interesse der gesamten Welt liege, daß sich Zentral-Europa erhole. Ebenso sei es sicher, daß, soweit materielle Interessen in Betracht kämen, die Erholung Deutschlands mindestens ebenso nötig für Frankreich wie für England sei. Bonar Law erklärte: Wir beginnen mit gutem Willen und wir wissen, daß er überall herrscht. Wir beginnen mit einem Wunsch an unsere Alliierten; wir beginnen mit der Überzeugung, daß sie ebenso denken wie wir und daß wir übereinstimmen müssen, da sonst Chaos die Folge sein wird.

Rückzug Angoras.

Konstantinopel, 10. November. Der kommunistische Gouverneur Nisaat Pascha hat den alliierten Oberkommissärs erklärt, er wäre bereit, sämtliche Maßnahmen rücksäßig zu machen, in denen die Alliierten eine Bedrohung für die Sicherheit der Besatzungsstreitkräfte erachtet zu müssen glaubten, aber er könne sich in seiner Form mit einer Kontrolle der Alliierten in innerpolitischen Angelegenheiten abfinden. Nisaat Pascha teilte ferner mit, daß die Regierung von Ankara voraussichtlich auf die Forderung der Rücknahme Konstantinopels durch die Alliierten und der Entfernung der alliierten Kriegsschiffe aus den Meerengen verzichten wird.

Soziales.

Die Lohn erhöhung im Bergbau. Die zur Bahnregelung für den Kohlenbergbau mit Wirkung vom 1. November ab gefällten Schiedsentscheide sind vom Reichsarbeitsministerium für den Zeitraum vom 1. bis 15. November für verbindlich erklart worden. Am 10. November haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über eine im Kohlenbergbau vom 16. November ab zu gewährende weitere Lohn erhöhung begonnen.

Nova Trennungaktion der Beamten. Am 10.

November fand zwischen dem Reichsfinanzminister und den Vertretern der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände eine Aussprache über die Notwendigkeit der Einleitung einer neuen Trennungaktion statt. Eine endgültige Entscheidung der Regierung liegt bis jetzt noch nicht vor, ist aber spätestens für Anfang nächster Woche zugesagt.

Volkswirtschaft.

1125 fach Zölle. Das Goldzollaufgeld wurde entsprechend der Valuta erneut scharf herausgesetzt. Es beträgt für die Zeit vom 15. bis einschließlich 21. November 1922 112 400 vom Hundert.

Der österreichische Banknotenumlauf. In der letzten Oktoberwoche ist der österreichische Banknotenumlauf um 287 Milliarden Kronen gestiegen und hat die Höhe von 2,9 Billionen Kronen erreicht.

Berlin, den 10. November.

Die Hoffnung, daß der Dollar weiterhin beträchtlich sinken werde, hat sich an der heutigen Berliner Börse leider nicht erfüllt. Er gab nur unerheblich von 7780 auf heute 7675 ähnlich nach. Die Versprechungen der Reparationskommission wurden nicht mit der gleichen Zuversicht betrachtet, wie gestern, zumal die Börse Polen eine starke Verstimmung auslöste. Auch die letzten Erklärungen Bradburys wurden als ziemlich farblos angesehen und riefen so gut wie gar keinen Eindruck hervor. An der Börse selbst hielt sich das Geschäft in engen Grenzen, und die starke Reservität, die der Markt in den letzten Tagen aufwies, ist auch heute unverkennbar. Die großen europäischen Börsenpläne meldeten die Mark wieder etwas geschwächt.

Auch der Effektenmarkt blieb entgegen der gestrigen Annahme durchaus widerstandsfähig. Von allgemeinen Kursturzgängen war, abgesehen von einigen Ausnahmen, nichts zu spüren.

Die Provinzien börse war etwas uneinheitlich, doch in der Grundstimmung immerhin fest. Angebote seitens der ersten Hand wurden nur vorsichtig herausgegeben, während die zweite Hand sich anfangs mit Offeren völlig auseinanderhielt, beim Nachgeben der Devisenkurse mit ihrer Abgabe jedoch etwas williger wurde.

Stand der Mark.

	10. 11.	9. 11.	1914
1 holländischer Gulden	2992	2892	1,67 M.
1 belgischer Franken	443	483	0,80
1 dänische Krone	1526	1615	1,12
1 schwedische Krone	2044	2124	1,12
1 italienische Lira	329	324	0,80
1 englisches Pfund	2114	21912	20,-
1 Dollar	7675	7780	4,20
1 französischer Franken	496	458	0,80
1 schweizerischer Franken	1493	1385	0,80
1 tschechische Krone	272	237	-

Gedenktafel für den 12. November.

1755 * Der General Gehr. v. Scharnhorst in Bordenau in Hannover († 1813) — 1861 * Der Geograph Georg Steindorff in Dessau — 1863 * Der Geograph Karl Dove in Tübingen — 1872 * Der Dichter Karl Buisse in Minden (Westf.; † 1914) — 1914 Kriegserklärung des Sultanats in England, Frankreich und Rusland — 1918 Bekündigung der „deutsch-österreichischen“ Republik.

Kommunistische Forderungen.

Der Landesvorstand Sachsen der Kommunistischen Partei Deutschlands stellt für seine Mitbeteiligung der Unterstützung der neuzaubernden sächsischen Regierung an die Partei der Vereinten Sozialdemokraten nachstehende Forderungen:

1. Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs, vor allem Brot, Kartoffeln und Soße zu herabgesetzten Preisen. Heranziehung der staatlichen Betriebe (Güter-, Berg- und Kraftwerke) zur Bekämpfung der Not der arbeitenden Bevölkerung.

2. Zur Befriedigung der erforderlichen Mittel: Sofortige Einziehung der Steuern bei den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangsleihe in Höhe von 30% der Vermögen.

3. Befriedigung von ausreichender Wohngelegenheit: Beschaffung der Luxuswohnungen und der nicht voll ausgenutzten Wohnräume. Befreiung derjenigen Gesetzesbestimmungen, die dies verhindern. Verbot der Betriebseinchränkungen durch die Syndikate in der Bau-, Rohstoffindustrie und Beschaffung der nicht voll ausgenutzten Wohnungen zur Beschaffung billiger Baumaterialien für den Wohnungsbau.

4. Verhinderung geistlicher Bestimmungen zur Sicherung des Arbeitstages. Produktionsförderung durch Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsschichten im Alter von 18 bis 58 Jahren. Geistliche Einführung der Produktionskontrolle durch die Organe des Staates von oben und der Arbeiterschaft von unten zur Verhinderung der Produktionsabfälle und wucherhafter Preispolitik sowie der Einschränkung und Stilllegung der Betriebe.

5. Sofortiger Erlass einer Amnestie für politische und aus Not begangene Verbrechen und solche gegen die §§ 218 und 219 des StGB, unter Ausschluß der Konterrevolutionäre.

6. Verbot der Einziehung der Technischen Nothilfe in Sachsen.

7. Zusammenfassung der Polizei und ihrer Verwaltung aus freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten. Bildung von Arbeiterschaften.

8. Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen und antirepublikanischen Aktion in Wort, Bild und Schrift. Sofortige Auflösung aller monarchistischen und antirepublikanischen Verbündeten. Rücksichtslose Entfernung aller Beamten in Justiz, Polizei und Verwaltung, die nicht vorbehaltlos die republikanische Regierung unterstützen.

9. Den Volksversammlungen der Betriebsräte und dem periodisch zusammenentreffenden Landesbetriebsrätekongress sind von der Regierung alle für die proletarischen Interessen wichtigen Gesetzesvorlagen zu unterbreiten.

10. Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterrégierung ist, die Massen zu mobilisieren gegen die verhängnisvolle und bankrotte Koalitionspolitik und den Kampf aufzunehmen für eine Arbeiterrégierung im Reiche mit einem klaren Programm über die gesamte innere und äußere Politik der deutschen Republik.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Kommunistische Partei bereit, mit der DVP, eine Arbeiterrégierung in Sachsen zu bilden. — Man darf gespannt sein, wie sich die Vereinten Sozialisten zu diesen Forderungen stellen, zumal in einer heute abgehaltenen Beratung der DVP beschlossen worden sein soll, zwecks Bildung einer reinen Arbeiterrégierung sich zunächst an die Kommunistische Partei zu wenden.

Sächsisches.

Dresden. Entgegen der von einer Korrespondenz gebrachten Mitteilung, daß der gegenwärtige Innenminister Lipinski seinen Einfluß in der Fraktion der DVP zu erweitern und die Führung an sich zu bringen versuche, erwidert der Leitungssachverständige von zentraler Seite, daß Minister Lipinski das auf ihn entfallende Mandat im Landtag niedergelegt hat. An seiner Stelle wird der Mehrheitssozialist Berger-Rohwinkel in den Landtag einzehen.

Dresden. Vom sächsischen Wirtschaftsministerium ist dem Landeskulturrat der Entwurf einer Jugendarbeit erarbeitet und freigegeben, die in Anlehnung an die als Reichsgesetz erlassene Kraftwagensteuer in Form einer Bezirksteuer durchgeführt

werden soll. Hierauf soll für sämtliche Jugendre eine nach der Jugendarbeit unterschiedene Kopfsteuer erhoben werden, deren Ertrag für die Unterhaltung der öffentlichen Wege Verwendung finden soll. Der sächsische Landeskulturrat wird nun bei der sächsischen Regierung beantragen, daß mit Rücksicht auf die geringe Inanspruchnahme der öffentlichen Wege durch die landwirtschaftlichen Gespanne eine Staffelung der zunächst als einheitlich vorgegebenen Sähe im Sinne einer angemessenen Ermäßigung der Sähe für die landwirtschaftlichen Gespanne gegenüber denen für gewerbliche Gespanne vorgenommen wird. Gleichzeitig wird der Landeskulturrat dafür eintreten, daß die durch Steuerordnung des Bezirksteuerbandes oder der Bezirksteuer Gemeinden in Aussicht genommene Verdreifachung der Steuersätze in jedem Falle von der Genehmigung des zuständigen Ministeriums abhängig gemacht wird.

Ein Opfer der Zeit ist nun auch die in ganz Sachsen und über die Grenzen hinaus bekannte humoristische Herrengeellschaft von Osler Junghänel geworden. Die Gesellschaft hat sich aufgelöst. | Sanda. Das zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Ortsbewohner in einem gotischen Torbogen des Gotteshauses eingebaute Ehrenmal ist feierlich eingeweiht worden.

Wils. Buchstäblich zerstört wurde in der Nacht zum Montag in Coswig vom letzten nach Meilen fahrenden Eisenbahngespann der Privatwagen M. Edith von hier. Der Bedauernswerte hatte wollen auf den schon rollenden Zug springen, trat aber sehr und geriet unter die Räder des Zuges, so daß er auf der Stelle getötet wurde. Die Leichenteile wurden, nachdem der Tatbestand festgestellt war, nach der Halle des Coswiger Friedhofes gebracht.

Vienna. Ein hiesiger Großindustrieller hat dem Bezirk und der Stadt eine Million Mark zur Unterstützung von Altenheimen überwiesen. Die Inhaber einer hiesigen Großhandlung spendeten 100 000 Mark zur Unterstützung bedürftiger Einwohner.

Wirkensberg. Auf fröhlicher Tat ergriffen wurde am Dienstag nachmittag ein Einbrecher, der beim Wirtschaftsbetrieb Junghans sich neu eingekleidet und verschiedene Sachen gestohlen hatte. Er will erst im Juni d. J. aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückkehren. Wirkensberg. Wie verbreiteten die Meldungen, daß ein katholischer Knabe wegen Nichtbeuchs des Unterrichts am Allerheiligsten-Reite mit 5 Stunden Nachholen bestraft worden sei. Der Schulleiter der betreffenden Schule berichtigt die Meldung dahin, der katholische Knabe habe nicht 5, sondern nur 2 Stunden nachholen müssen. Das Nachholen sei auch keine Strafe gewesen, sondern nur ein Nachholen verhinderter Stunden.

Betzigau. Der Anschlag auf das Posthaus hat sich als Dummenjungentreich herausgestellt, der jedenfalls als politische Demonstration gegen den 9. November gedacht war.

Wie man sich erinnern wird, wurde am 13. Juli vom Schwurgericht Leipzig die Witwe Berta Hoffmann aus Leipzig zum Tode verurteilt, weil sie am 2. März d. J. in ihrer Wohnung den Kästnermeister Emil Konrad aus Lindenthal ermordet hatte. Das Reichsgericht verworfen die Revision als unbegründet.

Hauswalde. Die Annahme, daß die gehängt aufgefundenen Witwe Pauline Römer ermordet worden sei, ist durch die von der Staatsanwaltschaft vorgenommene Untersuchung widerlegt worden.

Cottbus. Infolge der ungünstigen Finanzlage der Kirchengemeinde ist seit dem Reformationsfest in der Kirche zu Tepersdorf das Orgelspiel eingestellt worden. Räumlich soll die Kirchenmauern durch freie Kräfte ausgeführt werden.

Schönes i. B. Wieder auf freien Fuß gesetzt wurde der hiesige Betriebsleiter Stadtrat August Helmke, der Witte vorher Woche unter dem Verdachte, Unterschlagungen und Urkundenfälschungen begangen zu haben, verhaftet worden war.

Königsberg. Aus dem großen Teiche bei Groß-Sachsen stahlen Diebe etwa 20 Zentner Karpen. Trotz einer in der Umgegend sofort vorgenommenen Jagd konnten die Diebe nicht ermittelt werden.

Kirchen-Nachrichten.

22. Sonntag nach Trinitatis den 12. November 1922.

Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Schönsfeld. 9 Uhr Leiegottesdienst.

Schmöleberg. Nachm. 6 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Gothe-Sadišdorf.

Ripsdorf. 9 Uhr Einweihung und Ordination des Predigtamtskandidaten Heinrich durch Sup. Michael.

Reinhardtsgrima. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Montag den 13. November 1922.

Reinhardtsgrima. 9 Uhr Kirchweihfest.

Dienstag den 14. November 1922.

Bitte ausschneiden und aufbewahren!
Kunstfärberei und chem. Reinigungsanstalt **Kunst**

Sämtliche Arbeiten werden hier ausgeführt. — Fachmännische Leitung! — Sauberste Ausführung!

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Schirme

sowie alle Reparaturen und Neu-
belegung am vorliebstesten bei
Schirm - Reichel
am Markt 21.

Gebund-, Lang-, Preß-
Stroh
kauf **Karl Oppelt,**
Dippoldiswalde. Tel. 162.

**Schlacht-
pferde**
kauf **Hermann Schatz**
Rohschlacht.
Dippoldiswalde, Markt 28. Tel. 80.

Batten! Mäuse!
tötet unfehlbar „Aderlohn“.
Büte. Zu haben bei Hermann
Lommagk, Drogerie z. Elefant,
Dippoldiswalde.

Programme druckt C. Jähne.

Zuchtkühe,
Albert Müstner,
Altendorfer Straße 1411 — Telefon 41.
Schlachtoch wird mit in Zahlung genommen. H.S.

Porto und Fracht spart,
wer seine
Druckachen
am Orte her-
stellen läßt, in Dippoldiswalde also in der Buchdruckerei von Carl
Jähne. Hier wird man auch gut und preislich bedient.

Schönwerte Materialien!
Wittelsbacher
Wein- und Bierstuben

M. Kurt Waller z. Dresden, Moritzstr., Ecke König-Johann-Str.
Reichstädte, amerikanisch vorzügliche Praktische, Mittags- und
Abendkarte bei kleinen Preisen.

Kunstl. Weine :: Schoppenweine :: Echte Biere
Täglich Künstler-Konzert
Lebhafter großstädtischer Verkehr . . . Keine Dienstspeise

Taschentücher in allen Arten
nur für Wiederbeschaffung
A. Eisenhardt, Dresden, Uhlandstr. 19, I., Nähe Hauptbahnhof
Geschäftsstelle 8—5.

Bares Geld ist es, was an
Gebissen und Zähnen

Gold, Silber- u. Platin,
Sachen, Ketten, Ringen, Schmuck usw.
ungenutzt zu Hause liegt

Günstiger Einlauf reell und direkt ohne Kurzzettel.
W. A. Korte, Dresden-A. 20 Wettiner Straße 20
nahe Postplatz

Sonnabends geöffnet, da christl. Unternehmen

Raupe jeden Posten
ausgekämmte Haare
per Kilo 1:00 bis 2000 M.

Frida Ullmann, Dresden, Margarethenstraße 5, I.

Verkaufen Sie nicht gleich
Ihre

Brillanten-, Uhren-, Gold-, Silber-
gegenstände u.

kunstl. Gebisse, Brennstifte, Platin
Wenn Sie schon mehrere Angebote bekommen haben,
bleiben Sie obiges noch:

im Laden B. TESLUK,
Dresden-A.,
Johannesstr. 13 an

Gelegenheitskäufe in Uhren und Goldwaren
Streng reell!



Prima PferdehäkSEL
verkauf Max Holter, Ripsdorf.

Zuchtkühe,
Albert Müstner,
Altendorfer Straße 1411 — Telefon 41.

Schlachtoch wird mit in Zahlung genommen. H.S.

Porto und Fracht spart,
wer seine
Druckachen
am Orte her-
stellen läßt, in Dippoldiswalde also in der Buchdruckerei von Carl
Jähne. Hier wird man auch gut und preislich bedient.

Schönwerte Materialien!
Wittelsbacher
Wein- und Bierstuben

M. Kurt Waller z. Dresden, Moritzstr., Ecke König-Johann-Str.
Reichstädte, amerikanisch vorzügliche Praktische, Mittags- und
Abendkarte bei kleinen Preisen.

Kunstl. Weine :: Schoppenweine :: Echte Biere
Täglich Künstler-Konzert
Lebhafter großstädtischer Verkehr . . . Keine Dienstspeise

Taschentücher in allen Arten
nur für Wiederbeschaffung
A. Eisenhardt, Dresden, Uhlandstr. 19, I., Nähe Hauptbahnhof
Geschäftsstelle 8—5.

Bares Geld ist es, was an
Gebissen und Zähnen

Gold, Silber- u. Platin,
Sachen, Ketten, Ringen, Schmuck usw.
ungenutzt zu Hause liegt

Günstiger Einlauf reell und direkt ohne Kurzzettel.
W. A. Korte, Dresden-A. 20 Wettiner Straße 20

nahe Postplatz

Sonnabends geöffnet, da christl. Unternehmen

Raupe jeden Posten
ausgekämmte Haare
per Kilo 1:00 bis 2000 M.

Frida Ullmann, Dresden, Margarethenstraße 5, I.

Verkaufen Sie nicht gleich
Ihre

Brillanten-, Uhren-, Gold-, Silber-
gegenstände u.

kunstl. Gebisse, Brennstifte, Platin
Wenn Sie schon mehrere Angebote bekommen haben,
bleiben Sie obiges noch:

im Laden B. TESLUK,
Dresden-A.,
Johannesstr. 13 an

Gelegenheitskäufe in Uhren und Goldwaren
Streng reell!

Anzugstoffe Kostümstoffe

in reicher Auswahl und preiswert
Lina Mende,
Freiberger Str 233, I. Etg.
Rein Leben.

Die Verlobung ihrer Tochter Gertrud
mit Herr Leo W. M. Baumfelder in
Langenbrück geben sich die Ehre nur
hierdurch anzusegnen

Oberlehrer Kantor **Schubert und Frau**
Reinhardtsgrimma, den 12. Nov. 1922

Meine Verlobung mit Fräulein Gertrud
Schubert beeindruckt mich hierdurch
bekannt zu geben.

Leo W. M. Baumfelder.
Langenbrück 1. Sa.

Schützenhaus Dippoldiswalde.

Sonntag ab 5 Uhr
feiner Elite-Ball ff. Musik
Um zahlreichen Zuspruch bittet Alfred Börner.

Oberer Gasthof Reichstädt
feine öffentliche Ballmusik.
1. Kirmesfesttag
wogu ergebenst einladen R. Precht und Frau.

Frankenmühle Überndorf.
Heute Sonntag Anfang 4 Uhr. — Es lädt
erfreut ein Guido Spig.

Gasthof Obercarsdorf.
Morgen Sonntag
feine Ballmusik

Jägerhaus Naundorf.
Heute Sonntag
feine Ballmusik
ff. selbstgebundenen Ruchen. Anfang 5 Uhr.
Es laden freundlich ein Max Israel und Frau. Jeden Sonntag Ball.

Gasthof Niederfrauendorf.
Kirmes-Sonntag und Montag
große Ballmusik

Gasthof Oberfrauendorf.
Zur Kirmes Sonntag ab 4 Uhr und Montag
feine Ballmusik
wogu freundlich einladen Rudi Clemmung und Frau.

Stern-Lichtspiele
Sonntag abend 1/2 Uhr: Der ganz hervorragende
zweiteilige Auslands-Großfilm der Ufa:
Im Bausche der Nacht (1.)
5 Alte! — Hauptdarsteller Gunnar Tolnay und
Alma Wieth. — 2. Teil folgt nach 8 Tagen. —
Außerdem das wundliche „Knopfchen“-Lustspiel:
„Die dummen Männerleut“
Um zahlreicher Besuch bittet J. Kräuter.

Landw. Verein Dippoldiswalde
Sonnabend den 18. November
nachmittags 5 Uhr im Bahnhotel
Sitzung
Vortrag des Geschäftsführers des
Landw. Kreisvereins Dr. Röhl
über „Zeltfragen“. D. D.

**Winterpelz-
Felle**
Hosen. 400 M.
Ranin. (groß) 250 „
Maulwurf. 100 „
Ziegen- und alle an-
deren Felle
kauf zu den höchsten Tages-
preisen

Max Arnold
Dippoldiswalde, gegenüber d. Post.
Fritz Pfotenhauer,
Rabenau, am Markt
empfiehlt
Bildhauer-, Drechsler- u.
Stuhlbauer-Werkzeuge,
Eisenwaren.

Ich kaufe alte
Briefmarken
einzelne und ganze Sammlungen
und alte Briefe mit Marken.
Ich habe große Auswahl!

Reinwollene
Stricklumpen
kauf jetzt zu höchstem Preise
Carl Marschner.

Einige Scheinfeld
zu pachten gesucht.
Angebote unter „P. 90“ an die
Geschäftsstelle.

Freiberger Str. 238

befindet sich
jetzt nur noch
Mit den neuesten technischen Einrichtungen versehen!
Solide preiswerte Bedienung! — Lieferzeit 3—4 Tage!

Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Geflektmarkt Dippoldiswalde vom 11. November 1922.
Aufgetrieben wurden 45 Stück, verkaufte 45 Stück zum
Preise von 2000—6000 M.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 264

Sonntag den 12. November 1922

88. Jahrgang

Viertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Vor 50 Jahren wurde das Stadtvermögensverzeichnis neu aufgestellt. Es wies nach: 133 537 Th. 2 Pf. 2 Pf. Aktiven, 29 968 Th. 23 Pf. 3 Pf. Passiven, somit 103 568 Thaler 8 Pf. 9 Pf. Vermögen.

— 1872, also vor 50 Jahren, kaufte die Kirchgemeinde den an der Rosengasse liegenden Schönbergschen Garten für das Diakonatslehrhaus für 315 Taler. Das Geld wurde dem Nicolaihirschen entnommen.

— Über den Einfluss der leichten Fahrtelpreis-Verdopplung auf den Reiseverkehr steht jetzt ein Urteil fallen. Im Fernverkehr ist vorläufig ein Rückgang der Verkehrsflüsse um mindestens 25 Prozent eingetreten, wobei der überaus schwache Verkehr an den ersten Tagen nach der Erhöhung nicht berücksichtigt ist. Da der Personennahverkehr in den Fernzügen überhaupt eine rückläufige Tendenz zeigt, so werden die Verkehrsflüsse des Novembers und der kommenden Wintermonate hinter denen des Oktobers stark zurückbleiben. Hinsichtlich der Abwanderung ist eine solche von der 2. auf die 3. Klasse weniger zu beobachten als die von der 3. auf die 4. Das liegt daran, daß der größte Teil der Fahrgäste in den oberen Klassen aus Auslandsreisenden und aus gut verdienenden Kreisen besteht, die vorläufig jeder Tarif erhöhung gewachsen sind. Für die anderen ist dagegen das Reisen in der 3. Klasse wieder unerschwinglich geworden, so daß sie auf die letzte Holzklasse übergehen müssen. Den Fahrgästen freilich auch kaum getragen werden können. Man darf das nicht unter dem Gesichtspunkt des jüngst gemachten Teuerungskoeffizienten beurteilen, der bei der Bahn noch niedrig ist, sondern nach der wirtschaftlichen Bewertung des Reisens, das leider für die Feinfabriken zum Kuriosum, zu einem nicht lebenswerten Unternehmen geworden ist. Gut verdienende junge Leute, die früher 3. Klasse fuhren, benutzen jetzt nach wie vor die Posterklassse, während Familien in Amt und Würden in die hölzerne Klasse abwandern müssen.

— Eine zeitgemäße und dankenswerte Versorgung hat das Thüringer Ministerium für Volksbildung in folgender Bekanntmachung erlassen: Auf Anregung des Mitteldeutschen Handwerkerbandes, Ortsgruppe Weimar, machen wir es allen uns unterstellten Behörden und Anstalten zur Pflicht, die Rechnungen der Handwerker für die Behörden und Anstalten geleisteten Arbeiten jetzt sofort zu bezahlen, da bei der fortgesetzten Geldentwertung und der Lage des Geldmarktes die Handwerker durch unpünktliche Zahlungen auf das schwerste geschädigt werden.

△ Nein Fleischgeheimnis im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission läßt auf bestimmte oder unbestimmte Zeit an verschiedenen Orten des besetzten Gebiets eine Überwachung des Postverkehrs eintreten. In letzter Zeit sind derartige Überwachungen besonders von den französischen Behörden in erhöhtem Maße ausgelöst worden. Außerdem besteht eine heimliche Postüberwachung, die insbesondere auch Briefe von Handelsfirmen erfaßt, wie vielfach namentlich in Düsseldorf und Duisburg beobachtet wurde. Diese Überwachung wird zweifellos zu einer geheimen Handelsespionage benutzt. Es wird daher an die Absender von Briefen ins besetzte Gebiet die Mahnung gerichtet, sich immer der geschilderten Sachlage bewußt zu bleiben und in ihren Mitteilungen alles zu vermeiden, was im Falle einer Durchsucht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

△ 50 000 Mark-Scheine. In den nächsten Tagen werden die neuen 50 000 Mark-Börsen zur Ausgabe gelangen. Die Reichsbank hofft dadurch die immer noch herrschende Zahlungsmittelnot beheben zu können. Weiter werden die 500 Mark- und die 100 Mark-Scheine stark vermehrt und in den Verkehr gebracht. Täglich werden 11 bis 12 Milliarden neues Papiergeld in den Verkehr gebracht.

Rabenau stellte den Freudenkern zum Jugendweihe-Vorberichtsunterricht ein Schulzimmer zur Verfügung.

Arippen stellte für das Schuljahr 1923 80 000 M. zu Lernmitteln (nicht Brennmaterial) bereit.

Dresden. Beim Dresdner Wohnungssamt wurden im September 1424 Anteile neu gestellt und 19 Wohnungen durch Bauwirtschaft beschafft.

— Präsident v. Hoffmann in St. Louis übermittelte dem Dresdner Oberbürgermeister 100 Dollar zur Beschaffung von Milch und Lebensmitteln für arme und unterernährte Kinder in Dresden.

— In Dresden ist eine Untermieterorganisation gegründet worden.

— Eine Straßenbahnsaison kostet in Dresden jetzt 30 M., nach 60 M.

Wilsdruff stellte den beiden Jugendorganisationen in seinem Verwaltungsgebäude einen Raum als Jugendheim zur Verfügung.

Zwickau. Die städtischen Körperschaften haben den Einverleibungsvertrag mit der 7000 Seelen zählenden Gemeinde Scheibenberg genehmigt, auch Verhandlungen mit den Gemeinden Crossen (3000 Seelen) und Lichtenanne (6000 Seelen) angeknüpft.

Buchholz. Um Indianer spielen zu können, hatte sich hier ein 17-jähriger (!) Bursche von seinem Großvater heimlicherweise das Teichling geholt und natürlich auch scharfe Patronen dazu besorgt. Der Geschirrgehilfe B. kam zufällig des Weges, und wurde von dem spielenden Jungen vom Teich aus zündlich beschimpft: „Ach aus, Mag, ich erschieße dich.“ Doch schon ging der Schuh los und traf B. aus nächster Entfernung in den Rücken. Der Verlehrte wußte sich einer Operation unterziehen. Die Knaben nahmen nach dem Vorgang sofort Reißaus, konnten aber bald ermittelt werden.

Frohburg. Der Pächter des biesigen Rittergutes Oberamtmann Weltberg stellte im Einverständnis mit dem Besitzer des Rittergutes, Kreishauptmann Dr. Krug v. Altda und v. Falkenstein den biesigen Kleinrentnern und den Armen wöchentlich 3000 Liter Milch zur Verfügung.

Oberschlesien. Aus dem Schmelzraum des biesigen Blasenwerkes sind zwei bleihaltige Wismutschädel im Gewichte von je 13 bis 15 Kilogramm im Werte von etwa 200 000 M. gebohlt worden.

Rositz. Im Schulhaus der neuen Realschule wurde die neue Landwirtschaftliche Haushaltsschule in Anwesenheit von Vertretern des Landeskulturausschusses, der Landwirtschaftlichen Kreisvereine Erzgebirge und Leipzig, der städtischen Behörden, Kirche und Schule und einer Anzahl Ehrengäste eröffnet. Die neue Schule eröffnet ihre Tätigkeit mit nahezu 100 Schülerinnen, vorzugsweise Töchtern von Landwirten der Umgebung von Rositz.

Bad Elster. Veranlaßt durch den lebhaften Besuch im letzten Winter, haben die Direktion des staatlichen Moor- und Mineralbades und der Kurverein beschlossen, den Kurbetrieb auch in diesem Winter aufrecht zu erhalten. Sämtliche Kurmittel des Bades stehen auch im Winter den Patienten zur Verfügung. Fast alle Kurze sind auch im Winter anwesend. Für Unterkunfts möglichkeiten in den verschiedenen Preisklassen ist Sorge getragen. Für Unterhaltung aller Art ist gesorgt. Schlittschuh- und Rodel-

bahn sind vorhanden. Auch die Möglichkeit zum Skifahren ist gegeben.

Bauhen. Die Stadtverordneten haben grundsätzlich die Einführung einer Steuer zur Aufstellung von Mitteln für die kostenlose Totenbestattung beschlossen. Dieser Begräbnissteuer ist das vorjährige Steuerjahr zugrunde gelegt worden, sodaß alle Einwohner bis 15 000 Mark frei bleiben; von 15 001 bis 45 000 Mark Einkommen beträgt die Steuer 30 Mark, 45 001 bis 75 000 Mark 70 Mark, 75 001 bis 100 000 Mark 150 Mark, 100 001 bis 150 000 Mark 220 Mark und von 150 001 und mehr Einkommen 300 Mark. Die Ratsvorlage rechnet mit einem Ertrag von 1 400 000 Mark. Das Begräbnis soll einheitlich erfolgen, doch bleibt es jedermann überlassen, sich kostspieliger Begräbnisformen und auch der Feuerbestattung auf seine eigenen Kosten zu bedienen.

— Bei seinem letzten Hiersein hatte Minister Lipinski die zwangsweise Eingemeindung Seidau in Bauhen angekündigt, wogegen der Rat Einspruch erhob und ein Rechtsurteil des Oberverwaltungsgerichts bzw. der juristischen Fakultät der Universität Leipzig wünschte. Jetzt ist dem Rat ein Schreiben des Ministeriums des Innern zugegangen, in dem dieses erklärt, daß seine Gründe für die zwangsweise Eingemeindung Seidau in den Stadtbezirk Bauhen so einleuchtend seien, daß bei der Dringlichkeit der Angelegenheit es überflüssig erscheine, das gewünschte Rechtsurteil einzuholen. Die zwangsweise Eingemeindung Seidau nach Bauhen wird für den 15. Dezember d. J. verfügt.

Die neuen Postgebühren.

Ab 15. November.

Die Entwicklung der Mark hat auch die Postverwaltung gezwungen, fast ihre sämtlichen Gebühren ab 15. November wesentlich heraufzusetzen. Die neuen Gebührensätze für den innerdeutschen Verkehr sind im wesentlichen nun folgende:

Für Briefe im Ortseverkehr bis 20 Gr. 4 M. über 20—100 Gr. 8 M., über 100—250 Gr. 12 M.; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 12 M., über 20—100 Gr. 16 M., über 100—250 Gr. 20 M.

Für Postkarten im Ortseverkehr beträgt die Gebühr 3 M. im Fernverkehr 6 M.

Für Grußkarten bis 25 Gr. 2 M., über 25—50 Gramm 3 M., über 50—100 Gr. 6 M.

Für Geschäftsbriefpapiere und Mischsendungen bis 250 Gr. 12 M., über 250—550 Gr. 16 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 M.

Für Pakete in der Nahzone beträgt die Gebühr bis 5 Kilogramm 60 M., in der Fernzone bis 5 Kilogramm 120 M.

Päckchen kosten bis 1 Kilogramm 24 M.

Die Auslandsgebühren betragen vom 15. November ab: für Postkarten 24 M. für Briefe bis 20 Gr. 40 M., jede weitere 20 Gr. 20 M., für Drucksachen für je 50 Gr. 8 M.

Für Postanweisungen sind zu zahlen bis 50 Gr. 8 M., über 50—200 M. 10 M., über 200—500 M. 16 M., über 500—1000 M. 20 M., über 1000—2000 M. 24 M., über 2000—5000 M. 30 M., über 5000—10 000 M. 40 M.

Päckchen kosten bis 50 M. einschl. 3 M., über 50—200 M. einschl. 5 M., über 200—500 M. einschl. 8 M., über 500—1000 M. einschl. 10 M., über 1000—2000 M. einschl. 12 M., über 2000—5000 M. einschl. 15 M., über 5000—20 000 M. einschl. 20 M., für je weitere 10 000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr 10 M.

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegraphie Grundgebühr 20 M. und außerdem für jedes Wort 10 M.; für Ortstelegramme Grundgebühr 10 M. und außerdem für jedes Wort 5 M.

Die Fernsprechgabühren werden vom 1. Dezember an um 1300 Prozent erhöht. Die vierteljährlich in voraus fälligen laufenden Gebühren werden jedoch erst vom 1. Januar 1923 an mit dem höheren Aufschlag belastet.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt vom 1. Dezember an 3,50 M. Bei öffentlichen Sprechstellen beträgt vom 1. Dezember an die Gebühr für ein Dreiminuten-Gespräch auf Entfernung von nicht mehr als 5 Kilometern 7 M.

St. Martinstag.

Zum 11. November.

Unter den vielen Volksbräuchen, die sich an den auf den 11. November fallenden, dem heiligen Martin, dem Bischof von Tours, geweihten Martinstag knüpfen, ist der der Bespaltung der Martinsgans sicher der populärste und derjenige, der sich am längsten erhalten hat. Die Not der Zeit hat es mit sich gebracht, daß es den meisten Leuten heute unmöglich ist, im Menu des Martinstage der altwärtigen Sitte Rechnung zu tragen.

Ob unser heutiger Martinstag einst ein Totensonntag war, ist noch eine offene Frage. Jedenfalls aber knüpft er an uralt heidnische Traditionen an, die dem Gedanken entspringen, daß man um diese Zeit den Anfang des Winters beginnt. Auf das ehrwürdige Alter deuten im übrigen auch die bis in die neuzeitliche Zeit geübten Gebräuche hin, das Bachtahl mit Martini zu beginnen, zu Martini die Dienstboten zu wechseln und wichtige Rechtsangelegenheiten zu erledigen. Auch hier knüpft die christliche Religion an die heidnischen Traditionen an, indem sie den Tag dem heiligen Martin weiht, der im 4. Jahrhundert aus dem heutigen Ungarn nach Gallien einwanderte und als Bischof von Tours starb. Da man den heiligen Martin auch als Schutzpatron des Weideviehs verehrte, hatte sich im Laufe der Zeit die Sitte eingebürgert, die sommerliche Weidezeit des Viehs am Martinstag zu beenden und die Tiere von den Almen abzutreiben. Daraus ergab sich ganz naturgemäß, daß der Abschluß des Weidebetriebs zum Anlaß großer Schlachtfeste genommen wurde und Gelegenheit zu festlichen Schnäufen gab, bei denen vor allem die Martinsgans eine wichtige Rolle spielte. Zweifellos weist auch dieser Brauch in altväterliche Zeiten zurück. Die christliche Legende aber knüpft ihn an den heiligen Martin an und begründete den Zusammenhang damit, daß das Geschmäcker der Gänse das Versteck des als Einsiedler lebenden Heiligen, der sich, um der Wahl zum Bischof zu entgehen, verborgen hatte, verraten habe.

Nach in England gilt der Martinstag als Schlachttag. Nur fällt ihm hier nicht die Saison zum Opfer, sondern das Kindvieh, das den Besitzer liebt, sowie die Schweine, deren Fleisch man sie den Winter einfäst und räuchert. Zu den Gräbern gesellt sich in Süddeutschland noch der Martinsteur, der willkommene Gelegenheit gibt, das erste Weinglas mit neuem Wein zu begießen. Auch diese Sitte steht auf ein hohes Alter zurück. Findet man doch in einem alten Glossar, das eine große Zahl mittelalterliche Worte verzeichnet, als Namen des Martinstagess ein gleiches Wort, das auf deutsch „Fasshälfte“ bedeutet. In alter Zeit verschönerte man diese Fass- und Trinkgelage am Martinstag noch durch das Abstellen von Bechern, den Martinstiedern, die neben dem Heiligen auch die fette Martinsgans in fröhlichen Verzierungen feierten. Dazu auch die lange erhaltenen Sitte, den Kindern nach dem Beispiel, das der Heilige in seinem Leben gegeben hat, an dem ihm geweihte Tage Kappe und Röcke zu befreien.

Politische Rundschau.

Der neu gewählte Sächsische Landtag soll am 28. November seine erste Sitzung abhalten.

Der Reichstag für die Erhöhung der Beamtenbezüge. Der Überwachungsausschuß des Reichstags, der in der Zeit der Reichstagsvertagung in gewissen Umfangen den Reichstag selbst vertritt, hat den neuen Erhöhungen der Beamtenbezüge zugestimmt. Im Laufe der Aussprache gab ein Berater des Reichsfinanzministeriums bekannt, daß unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerung eine Heraussetzung des verhältnismäßigen Teuerungsauszahlung um 33 v. H. angekommen sei. Auch sollte der erhöhte Frauenzuschlag ebenso wie der Kinderzuschlag, den Haushaltsemptähern in gleicher Höhe gewährt werden wie den Beamten.

Das angebliche Hochzeitsgeschenk des Kaisers. Der Generalbevollmächtigte des ehemaligen Kaisers v. Berg, stellt in einer Erklärung fest, daß die Nachricht des „Borwärts“, der frühere Kaiser habe als Hochzeitsgeschenk für seine zweite Frau bei mehreren Berliner Juweliertümern einen kostbaren Schmuck in Auftrag gegeben, dessen Hauptstück, ein Brillantdiadem, von Fachleuten auf 800 Millionen Mark geschätzt worden sei, nicht zutrifft. Nachfragen bei den Beträchtlich kommenden Juweliertümern sollen ergeben haben, daß die Schenkungsgegenstände, auf die der „Borwärts“-Artikel anspielt, für Privatpersonen bestimmt sind, die in seinerzeit Beziehungen zu dem früheren Kaiser und zu Haus Doorn stehen. — Bekanntlich hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestellt auf die Wiedergabe des „Borwärts“ eine große Anfrage im Reichstag eingebracht, die durch die oben erwähnte Verichtigung wohl gegenstandslos geworden sein dürfte.

Die Volksabstimmung in Rhodésia (Südafrika) hat ergeben, daß 8774 Stimmen für eine verantwortliche Regierung und 5989 zugunsten der Einverleibung Rhodésias in die Südafrikanische Union abgegeben worden sind.

Der französische Senatspräsident Leon Bourgeois ist bei einem Autounfall in Paris unerhöhllich verletzt worden.

Polen: Das Wahlergebnis in Oberösterreich.

Nach den bisherigen Wahlergebnissen ist die vorangestellte Mandatsverteilung für die Wojewodschaft Schlesien folgende: Insgesamt 17 Mandate, davon 8 Rechtsblöck (Konservat.), 2 Sozialdemokraten, 2 nationale Arbeiter und 5 deutscher Blöck. Der rechtsparteiliche Blöck wird also als därfte Partei in den Landtag einzehen, jedoch wird er kaum die Hälfte der Mandate erreichen. — In ganz Polen hat der Rechtsblock 92 Mandate und die Linkspartei 105 Mandate erhalten. Das sind die Resultate aus 25 Wahlkreisen, aus 29 Kreisen stehen die Ergebnisse noch aus. Das offizielle Ergebnis ist erst am Sonnabend zu erwarten.

Knilling zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Der bayerische Landtag hat den Abgeordneten Dr. v. Knilling mit 143 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 54 Stimmzettel waren unbeschrieben. Die übrigen Stimmen waren zerstreut. Dr. v. Knilling erklärte sich zur Annahme des Amtes bereit unter Zurückstellung der bei ihm bestehenden Bedenken allgemeiner und persönlicher Art. Heinrich von Knilling hat die Laufbahn des höheren bayerischen Beamten im Verwaltungsdienst und im Ministerium durchlaufen, bis er kurz vor dem Kriege ins bayerische Kultusministerium berufen wurde. In den ersten Revolutionstagen nahm er mit den übrigen Ministern den Abschied und trat später der Bayerischen Volkspartei bei, in der er seither eine maßgebende Rolle gespielt hat. Man sagt ihm nach, daß er in den Kreisen des bayerischen Bürgertums viel Ansehen und Vertrauen genießt.

Polen: Der Ausgang der Sejm-Wahlen.

Die Neuwahl zum Sejm haben den Rechtsparteien nicht die ersehnte Mehrheit gebracht. Sie ziehen wohl als stärkste Partei in das Parlament ein, können jedoch ebenso wenig wie die Linke selbstständig eine Regierung bilden. Auslöschend ist in beiden Hälften der Blöck der nationalen Minderheiten, dessen Wählerfolg allgemein anerkannt wird. Für die Verteilung der Sitze im neuen Sejm dürfte sich ungefähr folgendes Bild ergeben: Der Rechtsblock wird etwa 160 bis 170 Sitze erhalten, die Bauernparteien zusammen 120, die Arbeiterparteien zusammen etwa 60, das Zentrum etwa 8, die Kleineren im allgemeinen linksstehenden Gruppen 15 und die nationalen Minderheiten mindestens 30 bis 35.

Vereinigte Staaten: Die Niederlage der Republikaner.

Die Republikaner haben bei den Kongresswahlen eine schwere Niederlage erlitten. Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen haben sie bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus rund 100 Sitze an die Demokraten verloren. Die Demokraten werden vorwiegendlich eine Mehrheit von zwei Stimmen haben. Der Senat bleibt zwar republikanisch.

Der die Wehrheit der Regierungspartei wird anscheinend nur 12 Stimmen betragen. Das bisherige Wahlergebnis ist infolge einer Überraschung, als man einen so überaus starken Zuwoche der demokratischen Sitz nicht erwartet hatte. Als Hauptgrund für den Umstieg der Stimmung in der Wählerchaft bezeichnet die amerikanische Presse die ungünstige Aufnahme des neuen Schutzgesetzes und die Feindschaft gegen das Antialkoholgesetz. Präsident Harding, der nunmehr in den letzten zwei Jahren seiner Amtsperiode mit einem demokratischen Repräsentantenhaus einer schwierigen parlamentarischen Lage gegenübersteht, hat beschlossen, den alten Kongress, dessen Mandat erst im Frühjahr abläuft am 2. November, zu einer Sondertagung einzuberufen, um die wichtigsten Vorlagen der Regierung noch von einer arbeitsfähigen Regierungsmehrheit verabschieden zu lassen. Eine Erweiterung der äußeren Politik der Vereinigten Staaten ist vorläufig nicht zu erwarten.

Amerikas Goldrichtum.

— New York, 9. November. Der Goldbestand der nordamerikanischen Union erreichte am 1. November mit 3 874 178 711 Dollar einen neuen Rekord; gegenüber dem 1. September bedeutet diese Ziffer eine Zunahme um 15 630 509 Dollar. Seit dem 1. Januar 26. Jz. weist der Vorrat eine Vergrößerung um 217 190 160 Dollar auf. Die gesamten Goldreserven der Federal Reserve Banks beliefen sich am 4. Oktober auf 3 089 280 000 Dollar gegen 2 875 298 000 Dollar am 4. Januar; das entspricht einer Zunahme um 213 982 000 Dollar, so daß von der Gesamtvermehrung im Goldbestande der Nation seit dem 1. Januar, die 217 190 160 Dollar betrug, nur wenige Millionen noch bei den Federal Reserve Banks deponiert waren.

Volkswirtschaft.

— Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Handelsministeriums. In der letzten Berichtswoche positionierten sich die Getreidepreise der Verminderung der Kaufkraft unserer Mark an, obwohl sie nicht ganz dem Vorbilde der ausländischen Zahlmittel folgten. In Weizen war das Geschäft während der ganzen Zeit ruhig, weil es an größerem Angebot mangelte. Die Mühlen bewilligten ziemlich schlank die Forderungen, zumal der Westen wieder kräftige Kauflust befand. Von Roggen ist viel Material nach West- und Süddeutschland gegangen, und da jetzt auch die Ablieferungen für die Umlage mehr in Gang gekommen sind, so verteilen sich die endlich durch bessere Wagengestaltung geförderten Marktseitungen der Landwirtschaft verhältnismäßig schlank. Ein besonderes Drängen nach gretzbarer Ware zeigte sich aber auch während der Zeit der stärksten Haussbewegung nur selten, weil die schon vorervähneter schwieriger Geldverhältnisse den Käufern das Geschäft erschwert. Gute Zeit gab sich eine leichte Abschwächung des Marktes fand, die aber gegenüber den vorhergegangenen Preiserhöhungen wenig ins Gewicht fiel. Vorher blieb gute Ware nur durch vorübergehende Spannung und der Buntz zur Anschaffung fremden Materials, der noch anfänglich zu manchen Geschäften geführt hatte, musste sich später wegen der teuren ausländischen Baumittel beschleben. Die Marktlage des Hauses blieb auch unter den zeitweisen Abwärtsbewegungen verhältnismäßig fest.

— Nach der französischen Annalen 1926. Die französische Währung stellt das Schicksal der deutschen Banken. Je mehr die Mark entwertet wird, desto tiefer sinkt auch der Franken. Für ein englisches Pfund wurden am Dienstag bei Schluss der Pariser Börse der bisher höchste Kurs von 89,50 geahndet, der Franken ist also auf ein Drittel seines früheren Wertes entwertet. Dies ist wohl der beste Beweis dafür.

Tote, welche leben.

(G. Fortsetzung)

Er entfaltete es sorgfältig. Es schien ein alter Plan zu sein. Dr. Richter konnte darauf, deutlich eingezeichnet, den Gutshof erkennen, das Verwalterhaus, in dem einst Hugo Mahrs Vater gewohnt, und die Grundstücke, innerhalb der das ganze Anwesen lag. Alle waren nach der Art des Anbaues klar erkennbar als Ackerland, Wiesengrund und Waldboden bezeichnet. Es mußte wohl ein landwirtschaftlicher Situationsplan sein, bestimmt, irgend eine Bodenschädigung zu ermöglichen, vielleicht noch vom Vater Werner Erweins herrührend. Aber was war das? Witten durch die Grundstücke zog sich eine punktierte Linie, die bei der Verwalterwohnung begann und umwelt von ihr in dem Mais endete, der sich gegen das Jägerhaus hinabzog. Das Ende der Linie war nicht deutlich erkennbar, doch vermutete Richter nach allen anderen Anzeichen, daß sie ungefähr bis zu jener Stelle reichen müsste, wo das alte Marterl stand. Was diese Linie bedeutete, war vollkommen rätselhaft. Eine Grenzlinie konnte sie nicht sein, denn sie ließ mitten durch das Grundstück. Bei genauerer Betrachtung aber gewahrte der junge Mann eine Art Schlußfled und in demselben einige flüchtige, halb verwischte Bleistiftlinien. Mittels einer starken Lupe, die er stets bei sich trug, gelang es ihm mit Mühe, die fast ausgelöschenen Worte zu entziffern, die hier gestanden hatten. Sie lauteten: „Geheimer Ausweg für den Fall der Not“.

Ernst Richter starnte betroffen auf das Blatt. Also gab's hier einen verborgenen Gang, durch welchen man aus dem Innern des Gutshofes ins Freie, in den Wald gelangen konnte! Davor hatte Werner Erwein nie gesprochen und auch seinen Kindern mußte der Gang unbekannt sein, denn weder Wolf noch Hella hatten dessen die Erwähnung getan. Das war doch sonderbar. Welchen Grund mochte Werner wohl gehabt haben, diesen Umstand zu verheimlichen? Richter wußte wohl nicht, ob diese Entdeckung in irgend einem Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Zeit stand; sie befremdeten ihn bloß und er konnte sich das Verhalten Werner Erweins nicht erklären.

Grüßend saß er da und starnte gedankenvoll auf das alte Papier. Draußen hatte sich ein heftiger Sturm erhoben, wohl der Vorboten des heranziehenden Gewitters. Er trieb die am Boden liegenden Blätter durcheinander und rüttelte an den Fenstern. Bis ins Zimmer herein hörte man das Knagen und Knarren der alten Bäume.

dah Frankreich sich mit den bisherigen Methoden seiner Reparationspolitik am meisten schädigt, und daß es im Interesse seiner Finanzen sowie des Ansehens im Auslande nichts Klügeres tun könnte, als augenblicklich auf dem bisherigen Wege umzufahren.

— Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika gehen weiter. In den neun Verhandlungen zwischen den Kassenvertretern und den Vertretenen, die am 7. November im Reichsministerium stattfanden ist keine Einigung zustandegekommen.

Aus Stadt und Land.

— Eine wirkliche „Aronie des Schicksals“. Manchmal leistet sich das Schicksal, sofern es durch Menschenhände und Menschengeist beeinflusst wird, ganz drollige Scherze. Auf der Weltausstellung in Rio de Janeiro fand kürzlich die Verteilung der üblichen Auszeichnungen statt: es gab Ehrendiplome, Goldene Medaillen, Silberne Medaillen und weniger wertvolle Auszeichnungen. Auch nach Norwegen, dem Lande des Alkoholverbots, fielen zwei Auszeichnungen, sogar eine Goldene Medaille und ein Ehrendiplom. Und wofür? Für die Bereitung von Aquavit und Punsch. — Daheim also, im Verbotslande, sitzt der brave Norweger und trinkt teuren Schnapsprit oder Apothekerwisky; im Auslande aber erringt er sich die höchsten Preise in der Zubereitung geistiger Getränke.

— Streit und Entlassungen im Danziger Hafen. Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses waren die Angestellten der Danziger Werft auf die Septemberbegehärter ein Buschlag von 150 Prozent gewährt worden, während sie 300 Prozent verlangt hatten. Da sie mit dieser Entscheidung nicht zufrieden waren, traten sie am Mittwoch in den Streik. Infolgedessen hat die Werftleitung rund 75 Prozent der über 4000 Mann betragenden Arbeiterschaft, die an 24 stündige Rüstung angestellt sind, gekündigt.

— ½ Million Francs Geldstrafe wegen Spritschmuggels. Ein deutscher Dampfer, der vor einiger Zeit im Hafen von Antwerpen eingelaufen ist, hat versucht, einige Fässer deutscher Sprits einzuschmuggeln. Die Zollbehörden haben seinen Eigentümer benachrichtigt, daß er wegen Alkoholschmuggels zu einer halben Million Francs Geldstrafe verurteilt worden ist und den Dampfer an die Kette gelegt. Es wird natürlich zu ihrer öffentlichen Versteigerung kommen, da ihr Besitzer wohl schwerlich das Geld haben wird, um die Strafe, die zum mindesten 150 Millionen Papiermark betragen wird, zu bezahlen.

— Absturz eines polnischen Flugzeuges. Be Kowno ist ein aus Sowjetrußland kommendes Flugzeug abgestürzt und verbrannt. Da die beiden Insassen tot sind, ist über die Herkunft und Bestimmung des Flugzeuges nichts bekannt, nur die Abzeichen zeigen, daß es aus Russland stammt.

— Hungersnot einer irischen Frau. Wie erinnert sich, hat der Lordmayor von Cork in Südirland Mac Sweeney, als Märtyrer der irischen Sache zu Tode gehungert. Jetzt hat auch die Schwester Sweeney, die vor einigen Tagen auf Befehl der irischen Regierung verhaftet wurde, nach dem Vorbild ihres Bruders im Gefängnis von Mountjoy den Hungerstreik gefährdet.

— Im Zug ausgeraubt. Der ägyptische Kaufmann A. Hassan el Hafsi machte in dem Nachtschnellzug Berlin-Hamburg die Bekanntschaft von zwei Männern; einer von diesen bot ihm eine Zigarette an, nach deren Genuss Hassan el Hafsi in einen schweren Narzotischen Schlaf verfiel. Als er am Morgen in

So überhörte der Polizeibeamte den leisen Schritt Rolfs, der in weichen Schuhen aus dem oberen Stock herabgeschlichen war und ihm jetzt die Hand auf die Schulter legte.

„Hella schlafst jetzt fest und ruhig“, beantwortete er den fragenden Blick des Freunde; „ich habe ihr ein beruhigendes Päckchen gemacht. Grund zur Besorgnis ist wohl keiner vorhanden und deshalb sandte ich nicht zum Arzte. Schuld war wohl die hohe Aufregung dieses Tages. Ich kenne die Natur meiner Schwester. Sie fiebert bei dem geringsten Anlaß, ist aber nach einem tiefen Schlaf wieder ganz wohl. Jetzt wacht Lotte bei ihr und wird mich im Notfalle rufen.“

Dr. Richter erhob sich, und wies auf den mit Papieren bedeckten Tisch.

„Ich habe mich meiner Aufgabe entledigt und den ganzen Schreibstil durchsucht, gefunden aber habe ich nur wenig. Die Päckchen hier sind lauter Geschäfts-papiere, die du bei gelegener Zeit selbst durchsehen magst. Dies hier sind eure Familien-dokumente, jedoch der Totenfeind deiner Mutter fehlt. Endlich muß ich dir noch dieses Päckchen einhändigern. Lies die Aufschrift und sage mir, was du davon denst.“

Wolf las und sagte dann, dem Freunde ins Auge blickend:

„Der Wunsch meines Vaters soll mir heilig sein. Ich will nicht in das eindringen, was er glaubte, verhüllen zu müssen. Aber vernichten werde ich das Paket jetzt nicht. Wir wollen abwarten, zu welchem Ergebnis unsere Untersuchung führt. Nur im äußersten Notfalle will ich die Siegel erbrechen.“

Ernst Richter nickte.

„Das ist auch meine Empfindung. Wir wollen erst versuchen, ob wir nicht zum Zielle kommen, ohne den Willen des Verstorbenen zu verletzen. Aber nun sieh, was ich noch gefunden habe.“

Er zeigte dem Mann den Plan und schilderte ihm das Verließ, in dem er gelegen hatte. Wolf betrachtete ihn überrascht und unwillkürlich schob ihm wieder der Gedanke an seine Mutter durch den Kopf. Der Gang endete ohne Zweifel beim Marterl und beim Marterl wollte doch die Kathrin am Tage des Todes seines Vaters eine verkleidete schwarze Frauengestalt gesehen haben, wenn ihren halbwirren Reden zu trauen war.

„Wenn dein Vater bestattet ist,“ unterbrach Ernst Richter sein Sinnen, „wollen wir daran gehen, an der Hand dieses Plans den geheimen Gang zu untersuchen, ob wir dort nicht vielleicht eine neue Spur finden.“

Hamburg von Zugbeamten geweckt wurde, stellte er fest, daß seine Garde im Betrage von 3½ Millionen gestohlen war, außerdem fehlten ihm seine eigene goldene Uhr, Kette und andere Schnürgegenstände.

— Todesurteil gegen einen Raubmörder. Im Oktober des vergangenen Jahres wurde in Graudenz ein dreifacher bestialischer Mord verübt, dem das Ehepaar Kubala und dessen 22-jähriger Sohn zum Opfer fiel. Der Polizei gelang es vor einigen Monaten, einen der Mörder, den Deserter Kendral, festzunehmen. Die Verhandlung gegen den Mörder vor dem polnischen Kriegsgericht in Graudenz endete mit seiner Verurteilung zum Tode.

— Deutschland kann ja zahlen... Auf Anordnung des Oberbefehlshabers der französischen Rheinarmee muß jetzt in der Rheinspalte ein neuer Bombardeurübungsbogen errichtet werden, und zwar in unmittelbarer Nähe der Kreishauptstadt Speyer bei dem Dorf Dudenhofen. Hierzu müssen ganze Wälder umgelegt und viele Morgen besten Ackerlande verwendet werden. Die Besitzer, lauter kleine Landwirte, werden einfach gezwingt, ihren Grund und Boden abzutreten. Es handelt sich um ein Millionenobjekt, das auf Kosten des Deutschen Reiches ausgeführt wird.

— Neue Dienstmarken. In den nächsten Tagen wird die Reichsdruckerei mit der Versendung neuer Dienstmarken zu 75 Pf., 3 und 10 Mark beginnen. Eine Dienstmarke zu 50 Mark ist in Vorbereitung.

— Millionenbente von Taschendieben. In Berlin wurden einer Dame auf der Fahrt im Autobus aus ihrer Handtasche 180 englische Pfund in fünf Pfund- und Gehyfundnoten von Taschendieben entwendet. Einer anderen Dame wurde auf dem Stettiner Bahnhof eine schwärzlerne Handtasche gestohlen, die für über drei Millionen Mark tschechische Kronen enthielt.

— Opfer der See. Der schwere Sturm, der in den letzten Tagen in der Nordsee gewütet hat, ist einer Reihe von Dampfern zum Verhängnis geworden. Von den Besatzungen der beiden untergegangenen deutschen Kohlendampfern „Herbert Sauber“ und „Hermann Bauer“ ist nur ein Koch lebend geborgen worden. — In der Ostsee wurde die Besatzung des Hamburger Seeschleppers „Frieder Peters“ von dem Dampfer „Alles“ der Hamburg-Amerika-Linie geborgen.

— Verbot des Eisernen Kreuzes in Polen. In den ehemaligen deutschen Ostprovinzen gibt es noch eine Menge ehemaliger deutscher Kriegsteilnehmer, die während des Krieges mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet wurden und diese Auszeichnung auch heute noch in Ehren halten, was den Herrschern in Warschau ganz und gar nicht gefällt. Der polnische Kriegsminister hat daher auf dem gesamten Gebiet der polnischen Republik das Tragen von ehemaligen deutschen, russischen und österreichischen Kriegsauszeichnungen verboten. Dafür wird ein polnischer Orden zur Erinnerung an die Befreiung Polens, das sogenannte Freiheitskreuz, eingeführt, das an Stelle des deutschen Eisernen Kreuzes, des Georgskreuzes und des entsprechenden österreichischen Kriegsordens an die Inhaber dieser Orden verliehen wird.

Vögel an der Elbe.

— Leipzig, 9. November. An einem alten Elblau bei Löbberitz, in der Gegend von Roßlau, wurde ein Vögelbauen entdeckt. Frisch abgezogene Baumstämmen zeigen, daß das seltene Pelztier sich dort angesiedelt hat.

Wolf Erwein zuckte wie in einem jähren Schreien zusammen. Das, nein, das sollte nicht sein! Ihm war es, als drohe hier seiner Mutter eine Gefahr, welche er beschwören müsse. Halb verzweigt beugte er sich wieder über das alte Blatt, um Zeit zum Nachdenken zu gewinnen und sich etwas zu sammeln.

Da war es ihm plötzlich, als läse ein leichter Schatten über das vor ihm liegende Papier. Unwillkürlich blickte er auf, aber im nächsten Augenblick sprang er empor, daß der Stuhl zu Boden stürzte. Um Gottes willen! Was war das?

„Schnell, Ernst! Komm!“ stieß er hervor, dann war er mit einem Sprunge bei der Veranda, stieß den Riegel zurück und stürzte hinaus. Draußen empfing ihn ein tiefes Dunkel; der Sturm pfiff um das Haus. Er beugte sich über das Geländer und laufte eine Sekunde lang in den Garten hinab. Alles schien ruhig. Aber er hatte es doch gesehen, deutlich gesehen! Deutlich aus der Finsternis austastend, ein blasses Gesicht, das sich einen Herzschlag lang an das Fenster preßte und auf den Plan in seinen Händen starrie. Dann, eine Sekunde später, war das Antlitz fort, untergetaucht, in dem Dunkel der Nacht.

Wolf starnte noch immer in die Finsternis. Über es war nichts zu sehen. Oder doch? Glitt da nicht ein dunkler Schatten die Mauer entlang? Der junge Mann stieß einen leisen Schrei aus und sprang, kurz entfloß, über die Brüstung in den Garten hinab.

Der ganze Vorgang hatte sich blitzschnell abgespielt. Dr. Richter hatte zuerst verständnislos zugesehen. Aber als er den Ruf hörte, verließ auch ihn für einen Augenblick die klühe Neherlegung. Er glaubte den Freund in Gefahr und wollte ihm zu Hilfe eilen. Ohne sich lange zu bedenken, eilte er ihm nach und war im nächsten Augenblick an seiner Seite.

„Das Gesicht! Das weiße Gesicht!“ stieß Wolf atemlos hervor. „Hast du es nicht gesehen? Ein fremder Mensch ist hier! Ich sah bestimmt einen dunklen Schatten an jenen Gebäuden hinschleichen. Komm. Ihm nach!“

Ernst Richter legte seine Hand auf den Arm des Freunden.

„Beide können wir nicht fort. Das Zimmer ist unbewacht. Hier hast du meinen Revolver. Durchsuche den Garten, und wenn du etwas Verdächtiges bemerkst, so schrie. Dann bin ich gleich bei dir. Geht aber nicht weit.“

(Fortsetzung folgt.)

Den 17. April 1724 verneint die Regierung die Ansichten des Rates, als müßten alle beim Amte wider die Bürger angebrachten Rügensachen an ihn zurückverwiesen werden, daß die Bürger ohne Ansuchen beim Rate nicht aufs Amt berufen werden könnten, und daß gegen Bürger erkannte Strafen in die Stadtkasse zu erlegen seien. — Im Herbste hat man oberhalb der Stadt und ihrer Vorwerke ein Stück des Weizerröhrettes, welches durch die Fluten des Vorjahres mit Schutt und Steinen angefüllt und fast höher als die Erzgebirgische Straße gewesen, durch Bergleute räumen und Ufer bauen lassen, welche Arbeiten über 44 Taler Kosten verursachten. — Laut Verordnung des Bergamtes vom 11. November wird das Gesuch des Nachfahrers Daniel Flemming zu Freiberg um Beihilfe zur Wiederaufnahme des Goldbergwerkes am Vorlaer Kirchsteige bei Höckendorf abgelehnt, nachdem durch Besuchungsbericht des Bergmeisters Stephani zu Glashütte sich ergeben, daß der erwartete Goldgehalt sich keineswegs gefunden und zur Tiefe, wo edlere Erze gefunden werden könnten, der großen Wasserbeschwerden wegen nutzbarlich nicht zu gelangen sei. — Samuel Klemm, Rittergutsbesitzer auf Naundorf, kauft obere Löwe Fundgrube am linken Gehänge der Saubach und betreibt die Grube, die 1744 mit 10 Mann belegt ist, im Vierfelsjahr $10\frac{1}{4}$ Zentner 19 Pfund Garkupfer und 15 Mark 6 Lot 1 Quent Silber lieferte.

Am 23. Juli 1725 wird das vom Rate 1662 zur Steuer bezahlte Kapital von 26 Talern 6 Gr., welches schon bezahlt gewesen, wovon aber der Tilgungsschein beim Brände abhanden gekommen war, zurückgegeben und damit eine alte Schuld an Michael Keilpflegs Erben berichtigt. Die aufgelaufenen Zinsen gehen teils für Unkosten auf, teils werden sie zur Ausbesserung der Stadtmauer zwischen Ober- und Niedertor aufgewendet.

Am 12. Januar 1726 wurde zu Dippoldiswalde als Sohn des Bürgermeisters Andreas Kloßsch Johann Friedrich Kloßsch geboren. Er studierte die Rechte, ward 1759 Stadtschreiber zu Freiberg und in der Folge der berufenste Geschichtsschreiber dieser Stadt. Er gab mit Grundig die Sammlung vermischter Nachrichten zur Sächsischen Geschichte heraus, dessen zweiter Band einen Aufsatz von dem Alter der Stadt Dippoldiswalde von ihm enthält. Er starb am 2. Juni 1789. — Rat und bergbauende Bürger kaufen am 1. Mai 1726 Gottlob Stenzeln die Israel-Schmelzhütte samt Pochmühle, Huthaus, Hütten und Hof ab. — Gegen das allzulange Predigen entsteht eine Bewegung im Amte, da durch Kirchenordnung und Befehl vom 9. März 1708 die Vormittagspredigt auf eine, die Nachmittagspredigt auf $\frac{3}{4}$ Stunde bereits festgesetzt war. In den Beichtstühlen, z. B. zu Rabenau, wurden Briefe gegen die Unsitte gefunden. — 1726 veranstaltet die Bürgerschaft eine Jagd auf fremdes Bier, die in Ruppendorf zu Tumulten führte. — Am 8. August wendet sich der Rat an die Regierung und sucht um Obergerichte, Schriftsässigkeit und jährlich 1 Stück Wild als Entschädigung für die entzogene Niederjagd an, weil wegen der städtischen Voruntersuchung fortwährend Ungelegenheiten mit dem Amte entstanden. Bezuglich der Niederjagd wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Übertretung der Bürger nur infolge Irrtums durch den neueingeschafften Kalender hervorgerufen

worden sei. Die Vernehmung der damals Bestraften füllt am 28. November dar, daß tatsächlich nur der Ausfall der Tage bei Einführung des verbesserten Kalenders 1700 Ursache des Irrtums und der unbedeutenden Jagdübertragung sei. — Leider fanden sich 50 Bürger, die so wenig heimatfreundlich gesinnt waren, daß sie sich vom Hauptmann Jonas Gottfried Jakobi, Besitzer des Freigutes Reinholdshain, der dem Rate die Obergerichte nicht gönnte, weil er schon jetzt nicht gern als Besitzer des auf Stadtkirche liegenden Gutes zu Reinholdshain die Lehne beim Rate suchte, aufheben ließen, gegen die gesuchte Schriftsässigkeit und die Obergerichte Einspruch zu erheben. Sie begründeten letzteren freilich mit den Kosten, welche durch die Ausübung der Obergerichte entstünden. Sie verlangten nur die Niederjagd zurück, was bei der Jagdeisversicht des Hofs als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werden konnte. — 1726 wurden die Musketiere von Hauptmann v. Schlichtings Kompanie in die Stadt gelegt. — Unter den Schuhknechten war schon lange Zeit eine Gärung im Reiche, was für Dippoldiswalde aus obigen Mitteilungen von 1703, 1715 und 1717 zu erkennen ist. Die Augsburger Schuhknechte hatten sogar einen Aufstand unternommen, der mit Militär unterdrückt werden musste. Eine auch in unserer Stadt unter den Gesellen begonnene Sammlung zugunsten der Aufrührer wurde verboten und das Geld weggenommen.

Das Amt versetzte am 18. Januar 1727 ein Gutachten auf das Gesuch des Rates vom 8. August des Vorjahres und riet der Regierung, nach gehässiger Besprechung in 28 Säcken, keine der drei Wünsche des Rates zu erfüllen. — Die Israel-Schmelzhütte wurde am 29. Januar 1727 vom Bergamte Glashütte in Lehn gereicht. — Die Rote Ruhr forderte allein 24 Opfer in diesem Jahre. — Durch Befehle vom 29. Mai und 21. Juni ward das Abschlagen des Weizenchwassers zum Bewässern der Wiesen und Gärten bei 20 Taler Strafe verboten, weil dadurch den Mühlen der Festung Dresden zu viel Wasser entzogen werde. — Bei der Brauerei der Stadt waren mancherlei Missstände zu rügen. Johann George Keilpfleg, Braugehilfe, gesteht am 12. Juni 1727 zu, daß sich in den Büfften, worin das Malz geschüttet wurde, „viel Kaul Aerse“ (Kaulquappen) befunden hätten, welche durch die Röhren mit eingelaufen seien. In die Braupfanne ist das Wasser, ohne daß man ein Sieb verwendet hätte, eingeflossen, man habe nur Stroh oder einen Besen vorgelegt. Auch in die Büfften der Straße werde viel Unsauberkeit geworfen und Salat darin gewaschen. Der Amtstierarzt Rösch will gehört haben, die niederländischen Bauern hätten behauptet, die gekauften Träber seien so voller Frösche gewesen, daß das Vieh sie nicht habe fressen wollen. Ein dritter Zeuge behauptet, daß sich die Röhren mit Fröschen verstopft hätten, und zuletzt sei eine solche Menge herausgekommen, daß man sich der Tiere nicht habe erwehren können. Die Kaulquappen gelangten mit der Reinholdshainer Leitung in die Brauhäuser. — Dem Besitzer des Freigutes Oberhänslich, Peter v. Suhm auf Morlau und Tragendorff, Kommandant des Garde-Bataillons, wurde am 3. November ein Sohn in der Stadtkirche getauft. — Accise-Koinspektor Köhler darf für seine Mühewaltung um die Stadtkasse nach Genehmigung vom 12. Dezember

1 Taler Vergütung erhalten, ohne daß die Quatemberkasse beschwert werde. — 12 Einwohner starben an den schwarzen Blattern.

Als im Januar 1728 König Friedrich Wilhelm von Preußen mit dem Kronprinzen Friedrich nach Dresden zu einem Gegenbesuch kamen, wurden preußische Militärs in Dippoldiswalde einquartiert. — Nachdem wiederum vielfaches Einlegen von Fremdbier geschehen ist, verbietet ein gedruckter Amtsbefehl vom 15. März 1728 dasselbe bei 10 Taler Strafe und legt den Ortsbehörden die Verpflichtung auf, die Schankstätten in dieser Richtung nachzuprüfen und den Befund zu berichten. — Zur Biefezeit am 19. März 1728 inbezug auf die erste Verpachtung der Weißeritzfischerei meldet sich nur ein arbeitscheuer Tuchmacher, dem für 5 Taler 5 Gr. 3 Pf. die Fischerei zugeschlagen wurde. — Friedrich August, König von Polen und Kurfürst von Sachsen, genehmigt einen Zusatz zu den Zunftbestimmungen der Maurer im Amt Dippoldiswalde und bestätigt sie am 17. April. — Im Vertrag zwischen Kursachsen und Preußen, betreffend die gegenseitige Gewähr über den Besitz der eingezogenen Klostergüter vom 6. Juni ist ein Haus und der Zwingergarten beim Schlosse eingeschlossen. Das Haus ist die Baderei in der Badergasse, 1419 Eigentum des Barfüßerklosters der Franziskaner und Geburtshaus der Brüder Franz von Dippoldiswalde. Der heutige Diakonatsgarten ist ein Teil des Zwingers. — Am 10. August nachmittags $\frac{1}{2}$ 5 Uhr schlugen bei einem heftigen Gewitter zwei Blitzestrahlen in den Kirchturm, beschädigten die Haube, Südostseite, Schieferdach, Uhr, Orgel, Emporen und Beichtstühle. Glimmendes Balkenwerk wurde noch rechtzeitig gelöscht. Am 12. August predigte daher Pfarrer Schmelz über Jesaias 12, 1: „Ich danke dir, Herr, daß du zornig bist gewesen über mich, und dein Zorn sich gewendet hat und tröstet mich“, worauf das „Herr Gott, dich loben wir“ angestimmt ward. — Im Jahre 1728 ist das Schießhaus neu erbaut worden.

Am 20. Januar 1729 bittet das Amt unter Vorbringung der Gründe von 1727 nochmals, den Rat mit seinem Gesuche abzuweisen. — Der Rat stellte der Rittergutsherrschaft Reichstädt wegen Verabfolgung der Geraden einen Revers aus. — Durch plötzlichen Eintritt der Schneeschmelze am 1. Februar 1729 überschwemmte die Weißeritz weit das Flusstal, worauf im April noch eine zweite und höhere Flut eintrat. — Das Recht der Dippoldiswalder Töpfer, auf dem Striezelmarkt in Dresden feilzuhalten, beruht nicht auf einem besonderen Privilegium. Schon im Mittelalter waren die Töpfer der Nachbarstädte, nicht bloß die von Dippoldiswalde, mit ihren Waren auf den Dresdner Jahr- und Striezelmärkten zugelassen. Im Jahre 1631 versuchte die Dresdner Töpferinnung, ihnen dieses Recht zu bestreiten, aber erfolglos. Einen neuen Angriff, besonders gegen die Dippoldiswalder, machte die Innung im Jahre 1727. Die schließlich Entscheidung in diesem Streite erfolgte durch ein kurfürstliches Reskript vom 15. Februar 1729, durch welches des alten Recht der Dippoldiswalder endgültig festgelegt wurde. Dasselbe lautet: „Von GOTTES Gnaden Friedrich Augustus, König in Pohlen, Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve, Berg, Engern und Westphalen, Churfürst usw. Liebe, getreue, Uns ist verlesen worden, was ihr wegen derer zwischen dem hiesigen Töpferhandwerk und denen Töpfern zu Dippoldis-

walde über die Einführ und Verkauffung unterschiedener kleinerer Waaren bey dem sogenanneten Striezel Montage, entstandenen Differenzen, am 20. Decembris p. A. allergehorsamst anhero berichtet, Es haben Uns auch beyde Handwercke darneben in drey besondere Memorialien allerunterthänigst angelanget, Immassen denen hierben wieder zurückkommenden Acten eingelegt zu befinden ist, Nun fragen Wir zwar der, an Uns von denen Dippoldiswaldischen Töpfern Fol. 40 eingewandten Appellation zu deferiren Bedenken, begehrten aber darneben, ihr wollet selbigen die unumbeschränkten freyen Verkauff gedachter kleinen Waaren zu erwehnter Zeit fernerhin verstatthen, das hausieren aber darmit selbigen untersagen. Mochten Wir euch nicht bergen, Und geschieht daran Unsere Meinung. Datum Dresden, den 15. Februarij, Anno 1729. August Beyer, Joh. Theodoric. Cramer. Unseren lieben getreuen, dem Rath zu Dresden." — Rosina Weise von Schmiedeberg bereedete ihren Bruder Gottfried Lohse, ihren Mann, Hans Georg Weise, einen Greis und ehemaligen Wildschülzen, zu ermorden. Als der Dreißigjährige am Luchberge vor seinem Döfchen beschäftigt war, Gifftöl zu sieden, erschoß ihn der Bruder für 16 Groschen und 1 Paar Schuhe. Beide, am 14. und 15. September verhaftet, erlitten am 4. November den Tod durch den Richter. Die Weise wurde in einem in der Weizeritz bei der steinernen Brücke an der Roten Mühle angespannten Tümpel gesäckt, wobei der Bruder zuschauen mußte, lebterer aber auf dem Markte enthauptet und aufs Rad geflochten. — Am 8. November 1729 eignet der Rat die Israel-Schmelzhütte, welche er von Stenzel gekauft hatte, dem Osterlamm Berggebäude.

Die zweihundertjährige Jubelfeier der Augsburgischen Konfession wurde am 25. Juni 1730 feierlich begangen. Früh 5 Uhr läufeten alle Glocken zur Mettenpredigt. Die Kirche war geschmückt. Früh 7 Uhr fand Festzug über ausgestreutes Laub mit Blumen um den Markt herum statt, dann folgte Haupt- und Nachmittagspredigt. — Die Kupfergrube zu Sadisdorf im Besitze Johann Samuel Klemms auf Naundorf hatte 1730 das stärkste Kupferausbringen, nämlich 123 $\frac{1}{4}$ Zentner Schwarzkupfer und 9 Zentner rohe Speise. — 1730 fand auch ein Begehen der Grenzen und des Weichbildes der Stadt Dippoldiswalde statt, wobei im Einvernehmen mit den Grenznachbarn etwaige Grenzberichtigungen stattfinden konnten. — Nach dem Lustlager bei Zeithain zwischen Großenhain und Mühlberg wurden 2 Kompanien des Regiments Sr. Exc. v. Brandis, welche unter 30 000 Mann am Campement mit teilgenommen hatten, in Dippoldiswalde eingelegt.

Am 12. März 1731 starb der Pfarrer Amadeus Schmelz, aus Lommaßsch gebürtig, Pfarrer zu Tautenhain bei Colditz, dann Diakonus und Pfarrer zu Dippoldiswalde. Von ihm sagt der berufenste Ortsgeschichtsschreiber jener Zeit, der Freiberger Stadtschreiber Johann Friedrich Kloßsch, Sohn des Bürgermeisters Kloßsch zu Dippoldiswalde: "Ein Pfarrer des Ortes, M. Amadeus Schmelz, welcher im Jahre 1731 verstorben, hat für eine Chronika durch einen Aufsatz gesorgt, welchen er Poliographiam Dippoldisylvanam überschrieben. Er hat aber solcher, zu seiner Ehre, niemals einen Verleger gefunden. Denn er hat ohne Ordnung, ohne Vorrath, ohne Beweis und ohne Beurfeilung geschrieben,

dahero ein Werkchen hieraus entstanden, welches dem Leser eine sehr schlechte Unterhaltung giebet, wie wir bey Durchlesung desselben erfahren." Nach der in meinem Besitz befindlichen Handschrift, welche der genannte Stadtschreiber besessen und mit Anmerkungen und urkundlichen Angaben versehen hat, ist dieselbe 1727 vollendet, aber durch Nachrichten bis 1731 ergänzt worden. Schmelz war ein kritikloser Stadtschreiber und kein Urkundenforscher. — Die Leineweber zu Dippoldiswalde und an anderen Orten erheben Beschwerde gegen ihre Handwerksgenossen zu Großhartmannsdorf bei Freiberg wegen deren Leinwandhandel von Haus zu Haus. — Der Rat wendete sich wegen der entzogenen Niederjagd an den Landtag, ohne jedoch Erfolg zu erzielen.

Eine allgemeine Nachsuchung nach fremden Bieren wurde am 15. Januar 1732 gestattet. — Am 12. März beschließen Rat und Bürgermeister von Dippoldiswalde, daß der Witwe des regierenden Bürgermeisters nach dem Tode des Gemahls noch ein halbes Bier zu brauen zukommen soll. Der Rat beschließt seinerseits, daß den Erben eines kurz vor oder nach dem Herrenbiere verstorbenen Ratsmitgliede das zukommende Herrenbier zu brauen freistehen soll. — Die durch Erzbischof Firmian aus Salzburg vertriebenen Protestanten ziehen durch Dippoldiswalde, wo sie freundlich aufgenommen und mit Gaben versehen werden. Am 9. Sonntag nach Trinitatis fand für sie eine Kirchensammlung statt, welche in Dippoldiswalde 39 Thlr., in Rabenau 3 Thlr. 18 Gr., in Seifersdorf 5 Thlr. erbrachte. Die Bewillkommnung der glaubenstreuen Vertriebenen war um so inniger, als der Uebertritt des Kurfürsten zum Katholizismus 1697 und des Erbprinzen 1712 noch in frischer Erinnerung waren. Nicht weniger als 28 366 Taler 21 Groschen Unterstützungen wurden als Liebesgaben gesammelt. Leider haben die Salzburger nichts davon erhalten. Um den katholischen Glaubensgenossen auf dem Salzburger Erzbischöfssitz ja nicht zu beleidigen, verfügte der ehemals protestantische Kurfürst und König durch sein Geheimkabinett, daß die Sammlung für die armen Vertriebenen restlos zum Bau der Frauenkirche in Dresden zu verwenden sei. — Bei hellem Sonnenschein schlug am 16. Mai abends 7 Uhr der Blitz abermals in den Kirchturm, so daß die Flammen aus der Haube herauschlügten, die jedoch gelöscht werden konnten. Es folgte darauf ein schöner Regenbogen. — Der 5. und 6. Juli brachte eine Weißerikflut von erheblicher Höhe, die an Brücken usw. mehrfach Schaden anrichtete. — Zum Andenken an die grauenhafte Zerstörung von Dippoldiswalde am 4. September 1632 durch Holk und die Wiederaufrichtung der Stadt ward am 4. September 1732 durch den Pfarrer M. Moritz eine zu Herzen gehende Dankpredigt gehalten. — Kupfergrube zu Sadisdorf erzielte 1732 das stärkste Zinnausbringen, 166 $\frac{1}{4}$. Zentner. — Die Stadt wird von Hauptmann v. Winkelmanns Kompanie des Regiments Prinz Wilhelm von Gotha belegt.

Der 1. Februar 1733 ist der Todestag König August II. von Polen und Kurfürsten von Sachsen, der zu Warschau verstarb. Am 5. Februar gelangte hierher die Nachricht durch einen Boten. Am 8. Februar geschah von den schwarzbekleideten Kanzeln die erste Abkündigung, wobei von 11—12 Uhr mit allen Glocken geläutet und dasselbe täglich 6 Wochen lang fortgesetzt ward. Am 14. Februar hielt der Pfarrer Moritz die

Gedächtnispredigt. Sie wird wohl mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein, denn selbst die vertrauensseligsten Untertanen waren von seiner unheilvollen Polenpolitik und der Verschwendungs- sucht des Hofes unterrichtet. — Erbrichter Menzer von Ruppendorf bittet am 25. Februar um Erlaß von 10 Taler Strafe wegen Verlehung des Bierzwanges, da er beweisen könne, daß unter dem Malze eine ziemliche Anzahl junger Frösche gewesen, welche unter das Bier gekommen und in ganzen Stücken zum Ekel der Trinker im Bier gefunden worden seien. — Die Huldigungsfeier für den Kurfürsten August begann in Dresden am 15. April früh 8 Uhr mit Festpredigt in der Hofkirche. Die Ritterschaft der Aemter, darunter Dippoldiswalde und Grillenburg, huldigte im Riesensaale des Schlosses. Der Kurfürst begab sich nach dem Gewandhause, nahm auf dem Throne Platz und empfing hier die Huldigung des Hofes. Um 12 Uhr trat er auf den Balkon und nahm die Huldigung von 20 000 Untertanen entgegen, die ihm den Treueid schworen und ihre Treue mit einem Dzachen Hoch auf den Kurfürsten bekräftigten. Als König von Polen, wohin er nach der verbreiteten Kundmachung vom 19. Oktober abreiste, führte er den Namen August III. — Am 31. Juli ward M. Joh. Adolph Wend, Sohn des Amtmanns, zum Feldprediger des Regiments L'Hermes de Caila eingestellt.

Fahnenflüchtige aus Dresden wurden im Januar 1734 in der Umgegend gesucht, einzelne im Gebirge festgenommen und durch die Stadt nach Dresden befördert. — Dem Koinspektor der Alcise wird am 12. Juli mitgeteilt, daß er den vierten Teil der beschlagnahmten Paschware und der Strafgelder und die Hälfte der eingehenden Nebengebühren zu empfangen habe. — Am 6. September 1734 erläßt der Rat eine Bekanntmachung und verbietet am Sonntag alle nicht unumgänglich nötigen häuslichen Geschäfte, als Backen, Brauen und Schenken, Waschen, alle Fuhren, ferner alles Spielen und üppiges Tanzen, durch Anschlag vom 24. September. — Am 15. September erschien der Landesherr mit seiner Gemahlin von Reinholdshain her, nachdem schon Tage vorher alle Wege ausgebessert und die Steine weggelesen worden waren, 10 Uhr vor dem Obertor beim Roten Hirsch. Zwei Kompanien Bürgerwehr unter den Hauptleuten Stadtrichter Voigt und Christian Biedermann, den Leutnants Daniel Biedermann und Meister Föbel, dem Fähndrich Vierfelsmeister Krause, standen mit Ober- und Untergewehr in Parade in Stirn nach dem Roten Hirsch, mit dem rechten Flügel am Oberforeinnehmerhaus. Am linken Flügel hatte sich der Rat aufgestellt. Das Spiel wurde gerührt, die Offiziere senkten den Degen, die Kompanien präsentierten. Während des Pferdewechsels bliesen die Musiker oder schlugen die Trommler. Ein Ausschuß von Rat und Bürgern in schwarzer Kleidung trat an den Wagen und überreichte eine Bittschrift, die Niederjagd betreffend. Stärke der Parade 134 Mann. Der Landesherr fuhr dann durch den Hohen Weg und den Schlag am Fürstenwege nach Osbernhau zu einem Ausschießen. Zu dem Schießen waren auch Abgeordnete von Dippoldiswalde gesandt. Sie sollten ein am 11. September verfaßtes Schreiben um Verwendung in Angelegenheit der Niederjagd und was damit zusammenhängt missamt Darstellung der Sachlage dem Oberhofjägermeister v. Leubnitz und Oberlandjägermeister v. Erdmanns-

dorff in Olbernhau übergeben, haben es aber nicht getan, vermutlich weil die Herren, namentlich der in Jagdsachen allmächtige Oberhofjägermeister, unnahbar waren. Bei Rückkehr des Kurfürsten am 17. September nachmittags 4 Uhr stand dieselbe Parade, diesmal aber dabei eine Bergparade von 24 Mann unter Schichtmeister Grundmann. — Das Geldbedürfnis der Regierung infolge der polnischen Verhältnisse und der Verschwendung des Hofs brachte es soweit, daß die Regierung die Städte anborgte. Die Stadtgerichte von Dippoldiswalde erhielten einfach den Befehl, die Stadt zu ermächtigen, der Regierung 1000 Taler vorzustrecken. — Nachdem der Rat beim Oberhofgerichte in Leipzig wider den Amtmann wegen angemahnter Voruntersuchung gegen die Bürger in den zu den Erbgerichten gehörigen Zivil- und Rügenschen Be schwerde geführt und Entschied verlangt hat, soll der Amtmann dem genannten Gerichte mitteilen, was ihm befohlen sei (vergl. 17. April 1724), und über alles, was an ihn vom Oberhofgerichte gelange, sofort Bericht erstatten. Es sollte also ein Druck auf die Rechtforschung ausgeübt werden, und es ist daher der Entschied zu erraten, wenn er uns auch nicht vorliegt. — 47 Mann von Hauptmann Gersts Kompanie des Regiments v. Löwendal quartieren in der Stadt. — Am 22. Dezember berichtet der Rat auf Anfrage, wie weit die Befehle der Regierung vom 29. Dezember 1733 und 29. April 1734 wegen der Diebes- und Räuber roffen und feindlicher Streifereien in Ausführung gebracht worden sind, wie folgt: 2 bewehrte Mann haben bei Tage, 4 dergleichen bei Nacht die Tore zu besetzen, zu wachen und die Vorstädte abzustreifen. Die Gastwirte sind zur Aufsicht über Fremde ernannt. Im November war die Wache wegen Kälte und weil nichts Verdächtiges bemerkt worden war, eingestellt. Außerhalb der Stadt gingen zwei verpflichtete Nachtwächter einher. Die Bürgerschaft ist in Waffen gebracht und meist mit Gewehren versehen. Die Schühen sind zum Scheibenschießen Ostern bis Michaelis angehalten. Die Bürgerschaft wird von einem Unteroffizier vom Kreisregimente eingeübt. Vorräte an Getreide sind nicht zu finden, da der Bürger nicht mehr erbaut, als er von einer Ernte zur andern bedarf. Die Mauern sind hin und wieder eingegangen und konnten armutswegen nicht wieder aufgebaut werden. Die Tore jedoch sind in baulichem Zustande und werden allabendlich vom Accistschreiber geschlossen. — Von besonderer Wichtigkeit für die Stadt ist die in diesem Jahre bewirkte Erbauung eines Gemeindekrankenhauses.

Nachdem die Besitzerin von Nöbniß Frau v. Arnim wegen des streitigen Lehnsgeldes über den Poisen-Busch laut Befehl an den Amtmann von Dippoldiswalde vom 10. März 1735 erst „geschont“ werden sollte, wurde dieselbe am 14. April nach Eingang des Berichts vom Amtmann zur Zahlung des Lehnsgeldes verurteilt.

Am 28. Mai 1736 beschwert sich der Rat über den Amtmann Lehmann, der dem Schenken zu Frauendorf, welcher bis abends 6 Uhr auf Bier warten sollte, erlaubte, anderwärts Bier einzukaufen, welcher die Rechtssachen jahrelang verschleppte, alles zur Unfergrabung des Respekts vor dem Rafe tue und sich in die Polizei- und Erbgerichtssachen menge. — Am 7. Juni klagt August Hünichen, Richter und Schenkmeister von Reinholdshain, an Amtsstelle über Güte, Maß und Preis des Bieres,

über das lange Warfen, sowie darüber, daß dem Bergmeister Stefiger der Rat eine Schenke auf dem Eylande (Elend), allwo fremd Bier geschenkt werde, erlaubt habe. — Der Hauptmann v. Oppen nahm in Dippoldiswalde und Umgebung gewaltsame Werbung von Rekruten vor, wodurch sich Unruhen erhoben. — Am 20. November 1736 ward der Erb-Freisasse auf St. Nicolai, Kapitän Jonas Gottfried Jakobi, auf dem Stadtkirchhofe in seinem Erbbegräbnisse beigesetzt.

In der Kustodie (Gefängnis des Amts) genaß die Witwe des Bauers Christian Haase, die wegen Blutschande in Haft war, am 9. Dezember 1737 eines Knaben. — Am 16. Dezember 1737 wurde abends 7—10 Uhr eine eigenümliche starke Röfung des Himmels bemerkt, die man anfangs für ein entferntes Feuer, später für ein Nordlicht hielt.

Am 10. Februar 1738 ereignete sich abends 10 Uhr falscher Feuerlärm, der durch Verbrennung alten Gerülls durch den Tagelöhner Redlich entstanden war. — Meister Püschel, Bürger und Maurer, stürzte beim Hausabzug mit einem Gesellen vom Gerüst. Der Geselle genaß, der Meister starb, nachdem er sich dem Abdecker zur Kur übergeben hatte. — Am 6. April ertrankte sich im Mühlbett der von der Fallsucht geplagte Besitzer der „Mühle unter dem Gerichte“, der Roten Mühle. Als die Frau ihm nacheilte und ihn auffand, war er bereits tot. — In der Stadt ging die Krankheit der schwarzen Bläffern um. 14 Einwohner erlagen der gräßlichen Krankheit.

Bergleute fanden am 24. Januar 1739 einen Dieb, Ernst Otto von Gersdorf bei Oederan, bei der Nachschicht auf Heilige drei Könige vor, den sie mit seiner Diebesbeute, Eisenwerk in einem Sack, festnahmen und an das Bergamt Glashütte ablieferten. — Am 28. März erhängte sich der Vizeadjunkt des Amtmanns in Grillenburg, Welke, im väterlichen Hause zu Dippoldiswalde, am Tage darauf, dem Ostermorgen, der Schneidergeselle Johann Perle. Nach der rohen Sitte der Zeit wurde die Leiche des ersten durch den Tagelöhner Ganzauge zum Fenster, die des anderen durch ein Loch im Dach herunter geworfen und beide verscharrt. — König August III. von Polen, Kurfürst von Sachsen, kam am 18. September nach Dippoldiswalde, übernachtete im Hause des katholischen Steuereinnehmers Mäcke und reiste mit seiner Gemahlin am 19. September nach angehörter Messe nach Nassau zur Jagd, wo gegen 500 Stück Wild, darunter ungewöhnlich große Hirsche und Wildschweine, erlegt wurden. Abends kehrte der König zurück. Bei der zweimaligen Anwesenheit wurde von der Bürgerschaft die Parade wie 1734 gestellt. — Auf die Kaulquappengeschichte nach Menzers Bericht von 1727 antwortet der Rat am 10. Oktober 1739 mit der Anschuldigung, die Gäste hätten in der Schenke zu Ruppendorf eine lebende Schmerle im Bier gefunden, woraus doch hervorgehe, daß dasselbe mit Wasser aus dem vorüberfließenden Dorfbache gefaßt worden sei. — Der Winter begann am 28. Oktober mit solcher Kälte, daß viele tausend Scheffel Wintergefreide ungesäß bleiben mußten. Gegen Weihnacht milderete sich die Witterung und man säete nach.

Nach dem Hohen Neujahr 1740 traf abermals eine entsetzliche Kälte ein, sodaß die Wintersaat erfroß. Das Federvieh mußte in die Keller gebracht werden. In den Stuben konnte man sich kaum erwärmen.